

DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 2 Februar 2011 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Sicherheit in Deutschland – eine bedrohte Art?

In dieser Ausgabe:

**Fußball-Gipfel:
Polizei, Fußball und Fans im Dialog
und Widerspruch**

**Aus den Ländern:
Kippt Sachsens Sicherheit?**

**Kriminalität:
Neue Welten mit Deliktpotenzial**

**GdP-Bildungsreise:
Mit der GdP durch Berge
und Wüste**

Seniorenjournal

Fußball-Gipfel



„Feindbilder ins Abseits“ – so lautete das Motto eines gemeinsam vom Deutschen Fußball-Bund (DFB), dem Ligaverband und der Gewerkschaft der Polizei veranstalteten Kongresses für mehr Sicherheit rund um den Fußball.

S. 11

Neue Welten mit Deliktpotenzial



Wie ist das mit der Kriminalität in virtuellen Welten? Wie zahlreich treten z. B. Vermögens-, Meinungsäußerungs- und Sexualdelikte im Zusammenhang mit virtuellen Welten auf?

S. 20

Mit der GdP durch Berge und Wüste



Zu Fuß durch Israel.

S. 33

KURZ BERICHTET	2
KOMMENTAR Nicht gefragte Kompetenzen	4
FORUM	4/5
TITEL/SICHERHEITSARCHITEKTUR Sicherheit in Deutschland – eine bedrohte Art?	6
Seriöse Tiefenarbeit ist so nicht möglich	10
FUSSBALL-GIPFEL Polizei, Fußball und Fans im Dialog und Widerspruch	11
KRIMINALITÄT Neue Welten mit Deliktpotenzial	20
RECHT Urteile	21
AUS DEN LÄNDERN – SACHSEN Kippt Sachsens Sicherheit?	30
CASTOREINSATZ 2010 Nachbereitung	31
GdP-BILDUNGSREISE Mit der GdP durch Berge und Wüste	33
REZENSION Der Bülle von Kreuzberg	35
MOSAIK/FUNDGRUBE	36
ANKÜNDIGUNGEN 5. Offenes Motorradtreffen	37
SENIORENJOURNAL	38
BÜCHER/IMPRESSUM	40



GdP positioniert sich:

Vorratsdaten- speicherung

„Augenwischerei“ und untauglich für die Bekämpfung schwerster Kriminalität – so die Reaktion der GdP auf das von der Bundesjustizministerin vorgelegte Eckpunktepapier, in dem auch die Vorratsdatenspeicherung geregelt werden soll. Die vorgeschlagene Regelung zur Vorratsdatenspeicherung bleibe noch hinter den Möglichkeiten zurück, die das Bundesverfassungsgericht eröffnet habe, bemängelte der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut. Seine Forderung: „Die Sicherheitsbehörden müssen wieder zeitlich zurückliegende Auskünfte zu den Verkehrsdaten im Internet erhalten, damit Kinderpornographie, Netzwerke des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität bis zur Wurzel aufgeklärt werden können.“

Es sei bezeichnend, dass sich die FDP-Ministerin hingegen kaum Mühe mache, der massenhaften Sammlung und Verwertung von Bürgerdaten durch Wirtschaftsunternehmen zur Gewinnmaximierung Einhalt zu gebieten: „Es ist ein Witz, dass Telekommunikationsunternehmen sich aussuchen können, wie lange sie die Daten speichern, die Polizei zur Kriminalitätsbekämpfung darauf aber keinen Zugriff erhalten soll. Mit ihrer Haltung stärkt die Bundesjustizministerin das Misstrauen gegen den Staat. Staatsamt und parteipolitisches Interesse geraten hier in einen unauflösbaren Widerspruch.“

Passagierkon- trollen an Flughäfen

Nach Herkunftsländern, Alter oder Aussehen unterschiedliche Personenkontrollen an deutschen Flughäfen lehnt die GdP. Potenzielle Attentäter nur aus bestimmten Herkunftsländern mit bestimmten äußerlichen Merkmalen zu vermuten, könnte sich spätestens dann als gefährlicher Irrtum erweisen, wenn eine Person einen Anschlag verübt, die nicht in das Raster gepasst hat. Solche Vorschläge klingen zu sehr nach dem Wunsch nach Zeitersparnis.“, so der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut, in Berlin auf den Vorschlag des Deutschen Flughafenverbandes ADV.

Dagegen forderte er die Entprivatisierung der Fluggastkontrollen: „Es ist ein Widerspruch, das so genannten Profiling und damit rein polizeiliche Fähigkeiten einzufordern und andererseits die Fluggastkontrollen oft gering bezahlten Kräften privater Firmen zu überlassen.“

Ohne hohe technische Standards, Menschenkenntnis und polizeiliche Erfahrung bei den Kontrollen sei die Luftsicherheit nicht zu gewährleisten. Es gehe nicht allein um die Interessen der Flugreisenden, sondern auch um die Sicherheit der Menschen am Boden, wie die Anschläge in den USA deutlich vor Augen geführt hätten. Witthaut weiter: „Auch das Umfeld des Passagierverkehrs an Flughäfen muss intensiv von geschulten polizeilichen Kräften im Auge behalten werden. Potenzielle Attentäter schlafen nicht.“

Fusionspläne BKA und Bundespolizei

Die GdP hat den Bundesinnenminister aufgefordert, die umstrittenen Pläne zur Fusion von Bundespolizei und Bundeskriminalamt auch offiziell vom Tisch zu nehmen. GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut: „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ein Anrecht darauf, dass ihre Verunsicherung beendet wird und sie sich auf ihre Arbeit konzentrieren können. Die derzeitige angespannte Sicherheitslage in Deutschland verträgt keine Irritationen in den Sicherheitsbehörden. Die Aufgabenbelastung ist hoch genug.“

Der Widerstand gegen die Pläne sei in den Bundesländern absehbar gewesen und richtigerweise gewachsen (s. S. 6 ff.).

Beamten- versorgung

Mit deutlichen Worten reagierte der GdP-Bundesvorsitzende auf die jüngsten Angriffe vom Steuerzahlerbund und dem Institut der deutschen Wirtschaft auf die Höhe der Beamtenpensionen und die Höhe der Versorgungslasten: „Mit billiger Polemik soll vertuscht werden, dass die Politik seit Jahrzehnten die von den Beamten geleisteten Beiträge für ihre Altersversorgung unterschlagen hat.“

Die Einkommen der Beamten seien von jeher niedriger als die der Arbeitnehmer in der freien Wirtschaft. Witthaut: „Es hat immer geheißen: Wenn Du Beamter wirst, verdienst Du weniger, aber das kommt Deiner späteren Versorgung zugute. Experten haben errechnet, dass mit diesen niedrigen Einkommen ein Versorgungsbeitrag von rund 7 v. H. von den Beamten geleistet wurde. Dieses vorenthaltene Gehalt haben die Politiker verpulvert, statt Rücklagen aufzubauen. Ich nenne das schlicht Unterschlagung.“

Wenn jetzt die Öffentlichkeit mit hohen Versorgungslasten, die bei den Ländern aufgelaufen seien, verunsichert werden solle, so diene das nur dem Zweck, die weitverbreiteten Vorurteile über so genannte Beamtenprivilegien zu bedienen.

Sicherungs- verwahrung

Die erneute schwere Rüge des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs (EGMR) in Straßburg an der rückwirkend verlängerten oder nachträglich angeordneten Sicherungsverwahrung für Schwerverbrecher in Deutschland komme, Bernhard Witthaut, keineswegs überraschend, so der GdP-Bundesvorsitzende. Umso dringender sei, schnellstmöglich sichere Unterbringungsmöglichkeiten für psychisch gestörte Straftäter einzurichten.

Da es sich bei den Betroffenen um eine von der Anzahl her überschaubare Personengruppe handele, sei es nicht notwendig, nunmehr in jedem Land adäquate Einrichtungen aus dem Boden zu stampfen. Eine regional ausgewogene Verteilung dieser geschützten Unterbringungen in entsprechender Zahl reiche, so Bernhard Witthaut. Er warnte indes vor einem Bund-Länder-Kleinkrieg um die Finanzierung der Liegenschaften. In Anbetracht des Gefahrenpotenzials der Täter dürfe nicht gefeilscht werden. Die Kosten sollten Bund und Länder gemeinsam übernehmen.

Trotz der erfolgten Umsetzung der von der GdP geforderten Reform der Sicherungsverwahrung bewertet Witthaut die polizeiliche Dauerüberwachung freigelassener, aber noch gefährliche Täter, als außerordentlich schwierig. Die Polizei habe nicht das Personal, um Rund-um-die-Uhr-Überwachungen in großem Stil zu gewährleisten. *red.*



SACHSEN-ANHALT:**Sicherheitsdesign für Funkstreifenwagen**

Statt vier blau-silberne Funkstreifenwagen hat Sachsens-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann Ende Dezember 2010 in Magdeburg vier geländegängige Toyota-Fahrzeugen des Typs RAV 4 mit zusätzlichen gelben Reflektorfolien an die Landespolizei übergeben. Hintergrund für die Dreifarbigkeit ist eine von der GdP durchgeführte Studie, die zu dem Ergebnis kam, dass blau-gelb-Kontraste gegenüber der blau-silbernen Farbkombination eine verbesserte Erkennbarkeit gewährleisten (s. DP 3/09, 8/09). Als erste sichtbare Reaktion auf die Ergebnisse der Studie werden die neuen Farbvarianten nun in der Praxis getestet.

Neben den vier Toyotas sollen zeitnah auch fünf Volkswagenen mit der neuen Farbgebung auf den Straßen Sachsen-Anhalts zu sehen sein. Sollte sich das neue Design spürbar auf eine bessere Erkennbarkeit der Funkwagen auswirken, kündigte Innenminister Hövelmann bereits an, künftig alle neuen Fahrzeuge in den Farben silber-blau-gelb zu beschaffen.

GdP-Vorsitzender in Sachsen-Anhalt,



Foto: GdP Sachsen-Anhalt

Uwe Petermann dazu: „Mit der Umsetzung unseres Vorschlages verbinden wir u.a. die Hoffnung auf ein deutschlandweit

annähernd gleiches Erscheinungsbild der Funkstreifenwagen.“

GdP Sachsen-Anhalt

DIALOG FÜR SICHERHEIT IM FUSSBALL:**Spitzentreffen von Fußball und Polizei**

„Feindbilder ins Abseits“ – so lautete das Motto eines gemeinsam vom Deutschen

Fußball-Bund (DFB), dem Ligaverband und der Gewerkschaft der Polizei veran-

stalteten Kongresses für mehr Sicherheit im Fußball. Rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Verbänden, Vereinen, der Polizei und Fanggruppierungen waren der Einladung nach Frankfurt am Main gefolgt, um über gemeinsame Wege und neue Ansätze in der Präventions- und Fan-Arbeit zu diskutieren (s. S. 11 ff.).

red.

TARIFPOLITIK:**„Streitstand“ Strukturausgleich**

Nachdem das Bundesarbeitsgericht (BAG) die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts (LAG) Baden-Württemberg vom 22.10.2008 – 13 Sa 77/08 – aufgehoben und zur erneuten Verhandlung an das LAG Baden-Württemberg zurückverwiesen hatte, ist das **LAG am 16. Dezember 2010 – 13 Sa 73/10** – nun endlich unserer Auffassung gefolgt.

Für den Anspruch auf Strukturausgleich gemäß § 12 TVÜ-L (Tarifvertrag Überleitung der Länder)/TVÜ-Bund kommt es auf die tatsächliche Eingrup-

pierung am Überleitungsstichtag an und nicht auf die „originäre“ Eingruppierung, wie es bisher von der Arbeitgeberseite vertreten worden ist.

Dies betrifft die Beschäftigten, die zum 1. Oktober 2005 in den TVöD übergeleitet worden sind, sowie die Beschäftigten, die ihre Überleitung am 1. November 2006 in den TV-L vollzogen haben.

Für den Bereich des TVÜ-VKA (Tarifvertrag Überleitung der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber) bzw. die Beschäftigten der kommunalen Arbeitgeber

gilt dies jedoch nicht, da der TVÜ-VKA einen anderen Wortlaut hat.

Auch wenn das LAG Baden-Württemberg die Revision zugelassen hat, stehen die Chancen für eine Bestätigung durch das BAG gut.

Den Beschäftigten, die unter den Geltungsbereich des TVÜ-L/TVÜ-Bund fallen ist daher zu raten, ihren Anspruch auf den Strukturausgleich schriftlich bei den zuständigen Stellen für Personal geltend zu machen, wenn die Voraussetzungen gemäß Anlage 3 TVÜ-L/TVÜ-Bund sowie §§ 9 und 12 TVÜ-L/TVÜ-Bund für den Anspruch auf Strukturausgleich vorliegen.

Michaela Schenkluhn



Nicht gefragte Kompetenzen

Es ist nur ein paar Wochen her, da hat mir der Bundesinnenminister Thomas de Maizière auf unserem GdP-Bundeskongress ein Exklusiv-Gespräch zur inneren Sicherheit angeboten; er wollte hören, was wir zur gegenwärtigen Situation zu sagen haben. Er schätze die GdP als kompetenten Partner in Fragen der

inneren Sicherheit ein. Das Gespräch im Bundesinnenministerium hat inzwischen stattgefunden. Hier hat er verlässlich Wort gehalten. Daraus aber ein wirkliches Interesse an unseren Standpunkten in Sachen innere Sicherheit abzuleiten, das wäre wohl etwas zu weit gegriffen. Jüngstes Beispiel ist der „Be-

gleit- und Beteiligungsprozess“ im Zusammenhang mit der Werthebach-Kommission. Diese Kommission sollte die Sicherheitsarchitektur in Deutschland evaluieren und Vorschläge zur Optimierung derselben machen. Die Ergebnisse hat sie Anfang Dezember letzten Jahres präsentiert.

Vorweg, sie sind nicht das, was wir und andere erwartet haben. Nicht mal im Ansatz. Die Gründe dafür mögen vielfältig sein. Eines drängt sich jedoch auf: Wenn nicht wirklich eine fachliche Begleitung durch den vom Bundesinnenminister ange-regten Beirat erfolgen konnte und wenn man an einer Bewertung durch die Vertreter der jeweiligen Behörden bzw. den Interessenvertretern der dort Beschäftigten keinen Raum gibt, dann kann das Ergebnis kein tragfähiger Konsens sein. Dann bleibt es nervenaufreibendes Stückwerk ohne wirklichen Mehrwert.

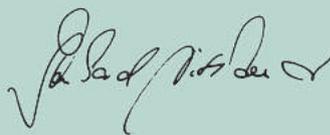
Überhaupt frage ich mich, ob es gegenwärtig dringend eines solchen

Herumdokterns an der bestehenden Struktur der inneren Sicherheit bedarf. Denn mehr wird es nicht. Wenn man tatsächlich alle Instrumentarien, die unsere innere Sicherheit gewährleisten sollen, auf den Prüfstand stellt, dann reichen die bisherigen Betrachtungen und Vorschläge nicht aus.

Unsere Welt hat sich gründlich geändert. Die Probleme sind komplexer geworden. Völlig neue Kriminalitätsfelder ergeben sich – das hat mit der technischen Entwicklung, mit Entwicklungen in Europa und in der Welt – auch in virtuellen Welten – zu tun. Deshalb sollte man sich erst einmal mit einem umfassenden und realistischen Lagebild auseinandersetzen. Dass zurzeit die Prämissen, auf denen die Werthebach-Kommission ihre Empfehlungen aufbaut, auf ihre sachliche Richtigkeit überprüft werden, lässt deutliche Zweifel zu, ob das erfolgt ist.

Kurzum, mir scheint vor allem das Projekt der Zusammenlegung der Bundespolizei mit dem Bundeskriminalamt wenig überzeugend in seiner Notwendigkeit, seiner verfassungsrechtlichen Legitimierung und seiner Effizienz. Um es ganz einfach auszudrücken: Geht das überhaupt und wem nutzt es?

Was wir als GdP aber klar verfolgen werden, ist die Idee von einer Bundesfinanzpolizei. Dazu gehört eine Weiterentwicklung der gegenwärtigen Vollzugsdienste des Zolls zu einer solchen, die dann eine Säule im Bundesinnenministerium sein könnte. Ob sie tatsächlich in der Bundespolizei aufgehen muss, das ist eine weiterführende Diskussion. Auf jeden Fall werden wir eine wirklich sachliche Auseinandersetzung darüber forcieren.



Bernhard Witthaut
GdP-Bundesvorsitzender

Zu: Mit leerem Magen die politische Suppe ausgelöffelt, DP 12/10

Der eindrucksvolle Bericht eines Betroffenen über den Castor-Einsatzes (30 Stunden ohne Schlaf, Hundertschaftsführer lehnt Verpflegung ab) bietet interessante Diskussionspunkte: Wurde hier bereits die Grenze in Richtung Körperverletzung überschritten?

Man stelle sich vor, solche Hungerphilosophien in einer Klausurarbeit in Führungslehre zu vertreten oder einem Festgenommenen so lange Schlaf- und Nahrungsentzug vorzuenthalten.

Hat der betreffende Hundertschaftsführer gar den falschen Film geschaut? Schlaf- und Nahrungsentzug gibt es hierzulande nur beim Survivallehrgang militärischer Spezialeinheiten.

Dieter Frank, BPD Böblingen

Zu: der Staat muss sichtbar bleiben, DP 11/10

Sowie dieser Artikel beschreibt, denken viele. Der Bürger ist denen, die die Sau rauslassen, vollkommen ausgesetzt.

Städte und Gemeinden kümmern sich um begrenzte Zentren (z. B. Innenstadt Flughafen) – hinter dieser Hollywoodkulisse ist der Bürger ziemlich vergessen, drum geht der Bürger, der Gewalt und Bedrohung ausgesetzt ist, möglichst, wenn es dunkel wird, nicht raus und überlegt, welche Orte/Straßen und Plätze man meidet.

In den Verwaltungen und der Politik auf Rückfrage nette Worte (keine Leute usw.) nach dem Motto: gut das man mal drüber gesprochen hat.

Die Wiedervereinigung haben wir glücklicherweise erlebt, vielleicht erleben wir noch eine Verbesserung und Vorbeugung, damit ein Satz wie „Sicherheit ist Mehrwert“ an Bedeutung im Alltag des Bürgers gestaltet wird.

Lutz Brauer, Frankfurt

Zu: Polizei verdient Solidarität, Sympathie, Respekt und Dankbarkeit, DP 1/11

Schöne Worte hat unser Bundespräsident gefunden: „Die Polizei verdient



Solidarität, Sympathie, Respekt und Dankbarkeit!“

Als Ministerpräsident des Landes Niedersachsen hätte er solchen Worten Taten folgen lassen können. Stattdessen hat er seine „Vollstrecker“ Schönemann und Möllring vorgeschoben. Danke Herr Wulff, von Lob und Anerkennung haben wir die Keller voll, können uns aber davon nichts kaufen!

Jörg Siebert, per E-Mail

Zu: Anzeige in DP 1/11

Ich bin erschüttert, in einem gewerkschaftlichen (überparteilichen?!) Journal auf Seite 15 eine Werbung des Deutschen Atomforums sehen zu müssen. Das diese Werbung eine Farce an sich ist, steht

Zu: Personalabbau

Die Personalmisere bei der hessischen Polizei scheint beigelegt zu sein. Der grimme, schneereiche Winter hat uns zwei zwar dubios aussehende, aber immerhin auf dem Papier „zählende“ Kollegen be-

auf einem anderen Blatt. Aber dass für die werbende Atomlobby und den aufgekündigten Atomkonsens tausende KollegInnen bei jedem Castor Ihren A... einsetzen und sich dann diese lächerliche Anzeige in Ihrem Magazin anschauen müssen, finde ich eine Sauerei, die der GdP nicht gut zu Gesicht steht.

Thomas Kraft, per E-Mail

Antwort vom VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH (VDP).

Grundsätzlich ist für die Werbung in der DP der VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung (VDP) zuständig. Die Werbung wird im Allgemeinen vom Lesertendenziell subjektiv empfunden, für den einen ist sie sinnvoll und nützlich, für den anderen nicht. Unabhängig von der Werbewirkung unterliegt der Verlag im Zu-

schert ... da kann ja nichts mehr schiefgehen. Die meckern auch nicht, wenn sie mal Zusatzdienst machen sollen ... hier in Rüdesheim am Rhein scheint die Sicherheit jedenfalls gewährt zu sein.

Stefan Weser, per E-Mail

sammenhang mit der Herausgabe der DP dem Presserecht, welches unter anderem die Ablehnung einer bezahlten Werbeanzeige nur in Ausnahmefällen erlaubt (z. B. von extremen Parteien, Rotlichtgewerbe o.ä.). Dies wurde bereits auch mehrfach juristisch vom VDP geprüft.

Bodo Andrae,

Geschäftsführung VDP GmbH

Zu: Leserbrief des Kollegen Peter Mauß, Zweibrücken, DP 1/11

Auch bei mir wird meine Pension um meine Rente gekürzt. Die Regelung ist nicht neu und gilt für alle, die vor ihrem Eintritt in den öffentlichen Dienst als Beamter mindestens fünf Jahre pflichtversichert beschäftigt waren und daraus eine Rente beziehen.

Man muss aber fairerweise dazu angeben, dass dem Betroffenen trotzdem ein kleiner Vorteil entsteht gegenüber den Ruheständlern, die „nur“ ihre volle Pension erhalten und diese bis auf den Versorgungsfreibetrag/Altersfreibetrag voll versteuern müssen. Die Rente wird nämlich nicht voll versteuert, sondern ab 2005 mit 50 % und danach jährlich zunehmend, 2010 z. B. mit 60 %. Dabei bleibt der einmal festgesetzte Prozentsatz konstant, beim Kollegen Mauß also nur 60 % seiner Rente bis zum Lebensende.

Es gibt eine interessante Internetseite dazu: www.n-heydorn.de und dann weiter zur Rentenbesteuerung.

Gerd Seier, Husum

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de



Foto: Weser



SICHERHEITSARCHITEKTUR

Sicherheit in Deutschland – eine bedrohte Art?

Reaktionen auf Werthebach-Vorschläge und das weitere Verfahren

Generell ist es zu begrüßen, bei veränderten Rahmenbedingungen Strukturen und Abläufe auf ihre Effizienz hin zu überprüfen. So geschieht es nun mit der Sicherheitsarchitektur in Deutschland. Eine Evaluierungsgruppe unter Führung von Dr. Eckart Werthebach nahm die gegenwärtigen Aufgaben und Zuständigkeiten der Sicherheitsbehörden unter die Lupe und machte im Ergebnis Vorschläge, wie beides zu optimieren sei. Am 9. Dezember stellte die Kommission „Evaluierung Sicherheitsbehörden“ in Berlin ihren Bericht und ihre Empfehlungen vor. Und stieß mehrheitlich auf geharnischte Kritik.

Im April 2010 war die sogenannte Werthebach-Kommission eingerichtet worden. Sie sollte u. a. untersuchen, wo sich Bundespolizei, Bundeskriminalamt und der Zoll in ihren Aufgaben überschneiden, ob es Doppelzuständigkeiten und damit Doppelarbeiten gäbe.

Die Suche nach Überschneidungen hatten CDU, CSU und FDP im Koalitionsvertrag vereinbart: „Vor dem Hintergrund der Finanzkrise und ihrer Folgelasten ist es geboten, mit vorhandenen Ressourcen mehr zu erreichen“, heißt es da im Kapitel IV. Speziell erwähnt wird die „Schnittstelle Zoll/Bundespolizei“.

Zu Beginn der Untersuchungen deutete Werthebach an, dass man „an die Grenzen dessen gehen“ werde, „was unseres Erachtens notwendig ist – und politisch vertretbar.“ Als ein Beispiel von Doppelarbeit nannte er die Bekämpfung von

Schleuserkriminalität und Menschenhandel. Damit befassen sich – im Wesentlichen

Hier nun die wesentlichen Empfehlungen der Werthebach- Kommission:

1. Bundeskriminalamt und Bundespolizei in überschaubarem Zeitraum in einer Behörde unter Beibehaltung von Standorten zusammenzuführen.

2. Auf dem Wege dahin sind Zwischenschritte zu verwirklichen:

- Die Bekämpfung der Kriminalität in Fällen von „besonderer Bedeutung“



Verkündung der Werthebach-Kommissions-Vorschläge am 9.12.2010 in Berlin – Dr. Eckart Werthebach (l.) und Bundesinnenminister Thomas de Maizière.

Foto: Marcel Mettelsiefen/dpa

abgestimmt – sowohl die Bundespolizei, als auch das BKA und der Zoll.

Was nun auf dem Tisch liegt, scheint der große Wurf nicht zu sein. Eher drängt sich das Bild des kreißenden Berges auf, der schließlich eine Maus gebar. Und die ist auch noch ungeliebt.

alsbald aus dem Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei auf das Bundeskriminalamt zu übertragen.

- Die Zentralstellenfunktion des Bundeskriminalamtes zu stärken und der Entwicklung konkurrierender Aufgabenwahrnehmung entgegenzuwirken.
- Sicherungsmaßnahmen auf Flughäfen,



„ Wir werden die Erfahrungen mit der neuen Struktur der Bundespolizei nutzen, um die Bundespolizei in ihren Kernkompetenzen zu stärken.

Vor dem Hintergrund der Finanzkrise und ihrer finanziellen Folgelasten ist es geboten, mit vorhandenen Ressourcen mehr zu erreichen. Wir werden daher die bestehenden Aufgaben und Zuständigkeiten der Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern unter Wahrung der bewährten föderalen Sicherheitsarchitektur evaluieren. Dabei soll auch die Schnittstelle Zoll/Bundespolizei einbezogen werden. “

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP (17. Legislaturperiode)

insbesondere Überprüfung von Personen, Gegenständen und Fracht, Aufsicht über Sicherungsmaßnahmen der Flugplatzbetreiber sowie der Luftfahrtunternehmen bei der Bundespolizei zu konzentrieren und die Risikoanalyse der Zollverwaltung in die Aufgabe Luftsicherheit einzubinden.

- Die Zuständigkeit für Piraterie-Lagen, einschließlich der Koordinierung der erforderlichen Amtshilfen, dem Bundeskriminalamt zu überlassen.
- Den Personenschutz im Ausland (Botschafterschutz) bei der Bundespolizei zu konzentrieren, die Gefährdungsbewertung und Gefährdungseinstufung jedoch beim Bundeskriminalamt zu belassen.
- Den Personenschutz für Mitglieder der Verfassungsorgane vorerst beim Bundeskriminalamt zu belassen und eine Verlagerung auf die Bundespolizei erst bei Verwirklichung des von der Kommission empfohlenen Zusammenschlusses beider Behörden zu einer Bundespolizei (neu) anzugehen.

3. Strafverfolgungsaufgaben in Fällen schwerwiegender und organisierter Kriminalität aus dem Zuständigkeitsbereich der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (Zollverwaltung) der Zollfahndung zu übertragen.

4. Die Spezialeinheit „Zentrale Unterstützungseinheit Zoll“ (ZUZ) als eine Teileinheit in die GSG 9 zu integrieren.

5. Kompetenzen von Bundeskriminalamt und Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik in Fragen der Sicherheit der Informations- und Kommunikationstechnik in einer virtuellen Allianz zusammenzufassen.

6. Zur Umsetzung der Empfehlungen eine Koordinierungsstelle auf ministerieller Ebene einzurichten.

7. Den von der Kommission eröffneten Evaluationsprozess fortzuschreiben.

Erste Bewertung

Kritik an diesen Empfehlungen kommt von vielen Seiten. Voraussetzend gehorsam und das Veto des Innenministers scheuend, schlug man offenbar vor, was ohne große Widerstände eine Chance auf Durchsetzbarkeit haben könnte. Aber eine echte Chance für die Optimierung der inneren Sicherheit in Deutschland ist das nicht. Das Ergebnis ist eher halbherzig, mutlos und wenig wirksam.

In einer ersten Reaktion äußerte die GdP dann auch ganz wesentliche Grundkritik am Zusammenlegen des BKA und der Bundespolizei unter dem Dach eines Bundespolizeiministeriums und am Verbleib des Zolls unter dem Dach des mächtigen Finanzministeriums.

Die Umsetzung der von der Werthebach-Kommission gemachten Vorschläge würden sowohl die Bundespolizei als auch das BKA zersplittern. Ein Mehrwert für die innere Sicherheit ist nicht zu erkennen. Ganz offenbar hat es die Kommission nicht verstanden, den Auftrag aus dem Koalitionsvertrag sachgerecht zu interpretieren (siehe nebenstehenden Auszug aus dem Koalitionsvertrag). Es fehlen fundierte Beschreibungen echter Kernaufgaben und eine kompetente Beurteilung von Schnittstellen wurde gar nicht vorgenommen. Darüber hinaus wurden weder Synergieeffekte angesprochen noch ausgewertet oder daraus Schlüsse gezogen.

Ein Mehrwert der Empfehlungen wird zwar behauptet, aber nicht belegt.

Mit der Beibehaltung der bisherigen organisatorischen Struktur, dass der Zoll

Zur Sache

Wie die „Neue Osnabrücker Zeitung“ unter Berufung auf Quellen des BKA berichtete, habe BKA-Präsident Jörg Ziercke in einem Gespräch mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière und Bundespolizeipräsident Matthias Seeger deutlich gemacht, dass die Fusionspläne keinen Mehrwert für die Sicherheitsarchitektur hätten. Stattdessen würden sich Entscheidungswege nach einer Fusion deutlich verlängern.

Jörg Ziercke, BKA-Präsident



Jürgen Vorbeck

„Eine Fusion von zwei Behörden macht die Aufgabenerledigung nicht automatisch besser. Die Ergebnisse werden schlechter, wenn – wie hier zwischen BKA und Bundespolizei – nur ganz wenige Überlappungen existieren. Kooperation ja, Auflösung nein!“

Jürgen Vorbeck, GdP-Vorsitzender Bezirk Bundeskriminalamt

„Wir werden jetzt mit umfassender Öffentlichkeitsarbeit dafür kämpfen, dass die über die letzten zwanzig Jahre notwendigerweise eingerichteten, wertvollen Strukturen zur Bekämpfung der illegalen Migration innerhalb der Bundespolizei nicht mutwillig zerschlagen werden und dass den Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei durch die erneute Infragestellung zentraler Grundlagen der zukünftigen Ausrichtung nicht langanhaltend, weiterer Schaden zugefügt wird. Eine überzogene Weiterentwicklung der Sicherheitsstruktur des Bundes hat die Werthebach-Kommission auch nach Überzeugung aller Sicherheitsfachleute in Deutschland nicht vorgelegt.“

Es besteht aber die Gefahr, dass entscheidender Schaden für die innere Sicherheit entsteht, wenn man jetzt nach dem Motto ‚Es muss etwas passieren, ganz egal was‘ aus politischen Gesichtswahrgründen



Josef Scheuring



erfolgreiche und auch für die Zukunft wichtige Polizeistrukturen zerstört und unsere Kolleginnen und Kollegen, die bereits heute schon mit massiven Überlastungen zu kämpfen haben, weiter frustriert und demotiviert.“

**Josef Scheuring, GdP-Vorsitzender
Bezirk Bundesgrenzschutz**

„Wenngleich nach Meinung der Kommission erhebliche Sicherheitsmängel weder bei den genannten Behörden noch in der Zusammenarbeit miteinander zutage getreten sind, sieht die Kommission aufgrund der Gefahr, dass das Bundeskriminalamt als Zentralstelle der deutschen Polizei unter einer fortschreitenden Verselbständigung der anderen Sicherheitsbehörden des Bundes in der Kriminalitätsbekämpfung leiden wird, konkreten Handlungsbedarf.“

**Aus: Bericht und Empfehlungen der
Kommission
„Evaluierung Sicherheitsbehörden“**

„Sowohl der Zollfahndungsdienst (Zollkriminalamt und Zollfahndungsämter) als

auch die Hauptzollämter nehmen Aufgaben der Kriminalitätsprävention und -bekämpfung mit dem Ziel wahr, Staat und Bürger zu schützen und insbesondere die Staatseinnahmen zu sichern. Präventive Aufgaben werden im Zuständigkeitsbereich der Hauptzollämter von verschiedenen Kontrolleinheiten mit insgesamt etwa 6.400 Beschäftigten durch risikoorientierte Kontrollen im gesamten Bundesgebiet wahrgenommen.“

**Aus: Bericht und Empfehlungen der
Kommission
„Evaluierung Sicherheitsbehörden“**

„Die vom Bundesinnenminister zur Neuorganisation von Bundeskriminalamt und Bundespolizei eingesetzte Kommission wurde von pensionierten Behördenleitern gebildet, die in ihrem Leben weder ein Polizeirevier noch eine Kriminalwache ‚von innen‘ gesehen haben. Dieser gravierende Mangel hätte womöglich ausgeglichen werden können, wenn die Organisationsvorschläge den beiden betroffenen Behörden

zur fachlichen Stellungnahme vorgelegt worden wären.“

**Rainer Hofmeyer,
BKA-Abteilungspräsident a.D.**

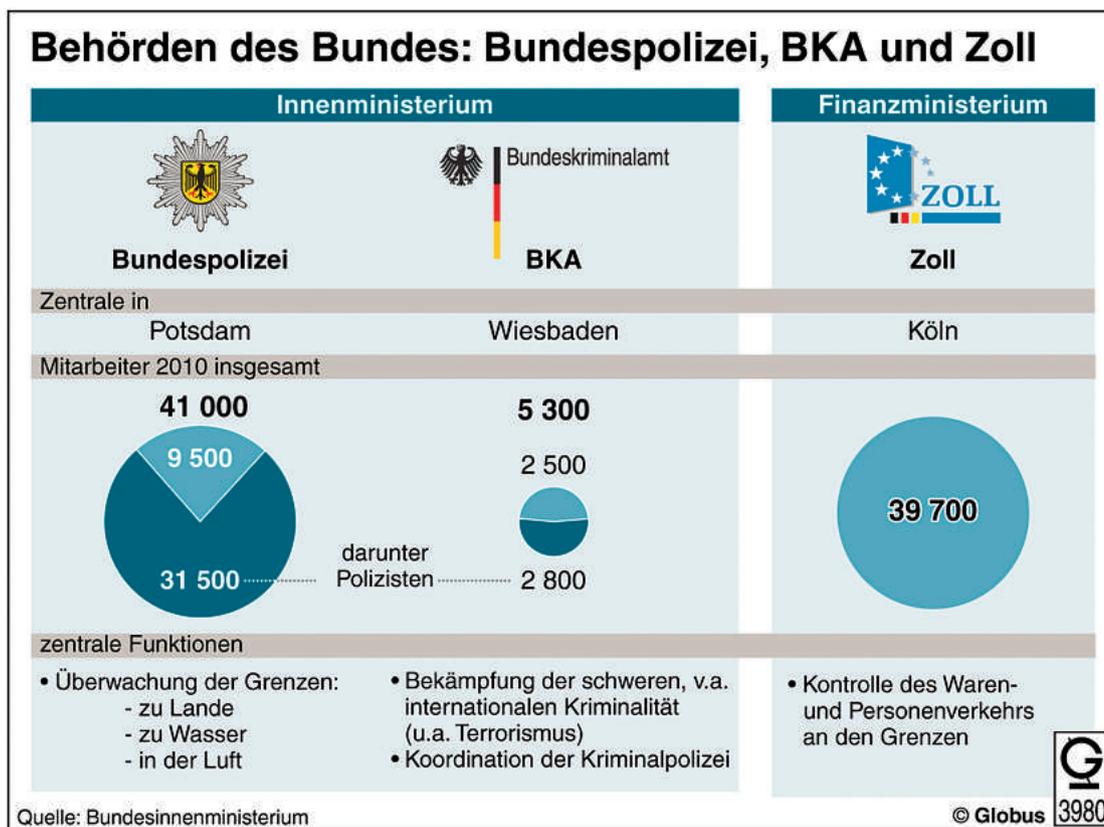


Hans-Ludwig Zachert

das Veto von Herrn Schäuble verwundet. Als früherer Innenminister kennt er die besondere Amtskultur des BKA.“

**Hans-Ludwig Zachert,
früherer BKA-Präsident im Interview
mit „Welt Online“ am 21.12.2010**

„Das Finanzministerium von Wolfgang Schäuble hat es strikt abgelehnt, die Verantwortung für die polizeiähnlichen Kräfte im Zoll abzugeben. Damit war eine sinnvolle Lösung, die Zusammenlegung mit der Bundespolizei, schlicht blockiert. Mich hat



also weiterhin dem Wirtschaftsministerium untersteht (und damit sowohl Beamte der Bundespolizei als auch des Zolls an Flughäfen die Passagiere kontrollieren, gegen mafiose Verbindungen und Schleuserbanden ermitteln), ist die Bündelung der Kompetenzen, wie sie die Werthebach-Kommission zu Beginn ihres Tätigwerdens erwogen hatte, ganz offenbar ad acta gelegt worden. Scheinbar scheute man diesen Schritt, um nicht Finanzminister Wolfgang Schäuble ins Gehege zu kommen, dem der Zoll untersteht.

Das Verbleiben der operativen Einheiten des Zolls innerhalb der Zollverwaltung wäre allerdings eine ver-



tane Chance, um Schmuggel, Geldwäsche, Finanz-, Wirtschafts- und Betrugsriminalität sowie illegale Beschäftigung wirksam bekämpfen zu können.

Bei Klärung der Frage, warum die Zusammenlegung nicht angedacht wurde, hilft auch ein Spiegel-Interview mit Bundesinnenminister de Maizière nicht weiter, in dem er auf eine entsprechende Frage nur zu antworten wusste: „Ach, ich höre von den einen, die Reform sei zu groß und von den anderen, sie sei zu klein.“ Darüber hinaus „könne man sich seinen Rucksack auch so voller Steine füllen, dass man nicht mehr laufen kann. Dann ist er zwar toll gepackt, aber die Beweglichkeit ist dahin.“ Eine sachliche Auseinandersetzung sieht wohl anders aus.

Wie geht es weiter?

Nachdem der Bericht vorlag, erörterten am 21.12.2010 Innen-Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche und Finanz-Staatssekretär Werner Gatzert mit den gewerkschaftlichen Vertretern der Bundespolizei, des Bundeskriminalamts und des Zolls sowie mit dem Vorsitzenden des Bundespolizeihauptpersonalrates, Sven Hüber, des Hauptpersonalrates des Bundesinnenministeriums, Hartwig Schmitt-Königsberg, sowie des Gesamtpersonalrates des BKA, Jürgen Vorbeck, das weitere Vorgehen. Neben weiteren Ministerialbeamten nahmen auch die Präsidenten der Bundespolizei, Matthias Seeger, des BKA, Jörg Ziercke, und des Zollkriminalamts (ZKA), Dr. Paul Wamers, an der Veranstaltung teil. Die GdP wurde durch ihren Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut vertreten.

Staatssekretär Fritsche bekräftigte dabei nochmals die Prämissen für die Vorschläge: So dürfe es keine Änderung des Grundgesetzes geben. Auch handle es sich „um eine Organisationsreform und keine Befugnisreform“. Die „Optimierung“ solle zu keiner Stelleneinsparung führen und die heutigen Standorte sollen „im Wesentlichen“ erhalten bleiben.

Projektgruppe eingesetzt

Das Bundesinnenministerium (BMI) setzte inzwischen eine Projektgruppe zu den Werthebach-Vorschlägen zur Thematik Zusammenlegung des BKA und der Bundespolizei ein, um die Sachverhalte noch einmal auf Richtigkeit zu prüfen. Das BMI wollte mit der Projektgruppe bis zur Innenministerkonferenz Ende Mai 2011 ein Ergebnis erarbeiten, welches Bundesinnenminister Thomas de Maizière dann mit seinen Länderkollegen besprechen will. Personalräte und Gewerkschaften

sollten in regelmäßigen Informationsveranstaltungen zwar über den jeweiligen Sachstand der Projektgruppe informiert, aber nicht beteiligt werden. Die Gewerkschafts- und Personalvertreter forderten hingegen eine offene Kommunikation auf der Basis eines Kommunikationsplanes mit den betroffenen Mitarbeitern, weil sonst

Mitwirkende in der Evaluationskommission waren neben Dr. Eckart Werthebach (ehemaliger Innenminister von Berlin, Staatssekretär im Bundesinnenministerium und Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz), der Ex-Staatssekretär im Innenministerium von Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Riotte, der einstige Generalbundesanwalt Kay Nehm, der Ex-Präsident des BKA, Ulrich Kersten, der Ende April 2010 in den Ruhestand gegangene Präsident des Zollkriminalamts, Karl-Heinz Matthias, sowie Prof. Rolf Ritsert von der Deutschen Hochschule der Polizei. In einem Beirat saßen die Leiter der überprüften Behörden, der Präsident des Bundesrechnungshofes sowie Vertreter der Länder und der Gewerkschaften.

Entscheidungen an den Betroffenen vorbei herbeigeführt würden.

Josef Scheuring, GdP-Vorsitzender des Bezirks Bundespolizei, hat dazu eine eindeutige Position: „Es ist nicht unsere gewerkschaftliche Rolle, am ‚Katzentisch‘ des Herren zu sitzen und den Entscheidungen anderer gefällig zuzunicken.“

Inzwischen gibt es einen weiteren Kritikpunkt:

Aus nicht nachvollziehbaren Gründen wurde die Zeitschiene geändert. Nun soll alles viel schneller gehen: Bereits Ende Januar soll die Diskussion über den Sachverhalt abgeschlossen sein – das heißt, dass bis dahin auch unsere gewerkschaftliche Stellungnahmen dazu beizubringen sind. Über die Gründe für diesen zeitlichen Druck kann man nur spekulieren ...

Glaubwürdigkeitsfrage

Die Gewerkschafts- und Personalvertreter erinnerten auf der Veranstaltung am 21.12.2010 daran, dass Minister Thomas de Maizière noch vor wenigen Monaten in seinem Bericht an den Innenausschuss die Reform der Bundespolizei samt Bildung

einer neuen Oberbehörde als richtig verteidigt hatte und nun wenige Monate später seine eigene Bewertung in Frage stelle. An der Situation habe sich seither nichts geändert. Dass der Bundesinnenminister nun die widersprechenden Werthebach-Ergebnisse begrüße, sei unverständlich. Zumal alle Vorschläge, die jetzt präsentiert wurden, bereits vor Beginn der Bundespolizeireform vorgelegen hätten; die GdP hatte zur Prüfung dieser Felder damals ausdrücklich aufgefordert und auch das Bundeskanzleramt sei seinerzeit in die Reformpläne involviert gewesen und hätte nicht eingegriffen.

Der jetzt offene Widerspruch habe die politische Glaubwürdigkeit der Führung des Bundesinnenministeriums bei den Polizeibeschäftigten erheblich beschädigt. Vor allem gäbe es bei denjenigen Beschäftigten keinerlei Verständnis, die praktisch aus dem Nichts neue Behörden wie das Bundespolizeipräsidium und neue Arbeitsbereiche in der Kriminalitätsbekämpfung etc. aufgebaut hätten, persönlich umgezogen seien und nun noch vor Abschluss der Aufbauarbeit attestiert bekämen, dass ihre komplette Aufbauarbeit in Frage gestellt würde. Eine solche „Reform in der Reform“ brauche niemand, zudem würden Lösungen für Probleme präsentiert, die die betroffenen Behörden so gar nicht hätten. Die Bundespolizei sei kein „Stabilbaukasten“, aus dem sich die Politiker in jeder Legislaturperiode neu aus Gründen der politischen Profilierung ein neues Reformprojekt basteln könnten, ohne das vorhergehende wenigstens zu Ende gebracht zu haben.

Aus Gewerkschafts- und Personalvertretungssicht muss die Projektgruppe des Staatssekretärs sehr eingehend darstellen, welche Auswirkungen die einzelnen Vorschläge auf die konkreten polizeilichen Arbeitsabläufe haben und ob sich eine weitere, nicht hinnehmbare Mehrbelastung und Arbeitsverdichtung für die Polizeibeschäftigten aus den Umbauplänen ergibt: Jeder Organisationsvorschlag würde daran gemessen werden, wie er sich auf den Arbeitsablauf der Beschäftigten auswirke. Diese Punkte hätte die Werthebach-Kommission bislang vollständig ignoriert.

Staatssekretär Fritsche sagte während der Veranstaltung zu, die Forderung aufzunehmen.

Die Gewerkschafts- und Personalvertreter forderten weiterhin, die Führungskräfte der Bundespolizei und des BKA in die Arbeit der Projektgruppe einzubinden und nicht den Fehler zu wiederholen, eine Polizeireform ohne die Polizeiführung zu diskutieren. Angemahnt wurde, die Beteiligung der Personalvertretungen



sehr frühzeitig vor einer Entscheidung des Bundesinnenministers durchzuführen, weil die Beteiligung der Personalräte Teil des Meinungsbildungsprozesses sei; so ist es gesetzlich verbrieft. Staatssekretär Fritsche sagte zu, eine engere Einbindung der Personalvertreter in den Meinungsbildungsprozess neu zu prüfen.

Da fehlt noch was

Der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut kritisierte, dass das Thema Küstenwache ausgespart wurde und forderte erneut, auch in die jetzige Projektgruppe das Thema Bundesfinanzpolizei aufzunehmen.

Staatssekretär Werner Gatzler vom Bundesfinanzministerium betonte, dass nunmehr eine „völlig ergebnisoffene Prüfung“ der Werthebach-Vorschläge anstünde, in der die „Ausgangslage, Analysen und Feststellungen“ der Kommission zu prüfen seien. Gegebenenfalls sei es auch notwendig, den „Mut [aufzubringen], diesen auch nicht zu folgen“. Das Thema Küstenwache solle in einem anderen Projekt bearbeitet werden, zollinterne Fragen sollten nach seiner Ansicht zollintern bearbeitet werden.

Gewerkschafts- und Personalvertreter forderten außerdem, dass die Projektgruppe auch beleuchten müsse, welche Konsequenzen im Personal- und Personalhaushaltsrecht eine Befolgung der Werthebach-Vorschläge nach sich zöge. So wurde auf die unterschiedlichen Stellenplanobergrenzen der Behörden und das unterschiedliche Laufbahnrecht verwiesen. Auch diese Folgenabschätzung gehöre zu einer seriösen Bewertung. Staatssekretär Fritsche sagte zu, dies in die Projektgruppenarbeit aufzunehmen.

Beirat befürwortet keinen der Vorschläge

Der Beirat, der der Werthebach-Kommission beigeordnet war, kannte übrigens die Empfehlungen und Vorschläge bis zur offiziellen Verkündung nicht. Der Aufforderung, die Sicht seiner Mitglieder einzubringen, sind auch wir als Gewerkschaft nachgekommen, aber eben ohne von den Empfehlungen der Werthebach-Kommission informiert worden zu sein.

Die jetzt vorliegenden Vorschläge wurden von ausnahmslos allen Mitgliedern des Beirates abgelehnt. Wenn der Bundesinnenminister diese abgelehnten Vorschläge weiterhin begrüßt, obwohl er offenbar selbst Zweifel an der Richtigkeit der Sachverhalte hat, so führt er die Funktion der

Beiratsmitglieder faktisch ad absurdum. Wie sehr die Materie durch die vorschnelle Begrüßung der Werthebach-Vorschläge durch den Bundesinnenminister verkompliziert wurde, machte die Antwort auf die Frage deutlich: Was passiert nun mit der unfertigen Reform der Bundespolizei? Für Staatssekretär Fritsche offenbar kein Problem, sie solle weiter umgesetzt werden.

Bundespolizeipräsident Seeger betonte, dass die Bundespolizei von den Vorschlä-

gen der Werthebach-Kommission völlig überrascht worden sei, weil derart weit reichende Vorschläge zu keiner Zeit mit der Werthebach-Kommission überhaupt erörtert wurden. Er sei aber sehr erfreut darüber, dass die nun folgenden Arbeitsschritte „ergebnisoffen“ gestellt seien. Man müsse über bestehende Schnittstellen sprechen, wie es der Koalitionsvertrag vorsehe, jedoch bei diesen bleiben und immer einen echten Mehrwert für die innere Sicherheit im Auge behalten. **Tetz**

Seriöse Tiefenarbeit ist so nicht möglich

Der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut vertrat auf der Veranstaltung des Innenministeriums am 21.12. vergangenen Jahres die GdP. DP sprach mit ihm darüber, welche Chance der Korrekturen der Werthebach-Kommissions-Empfehlungen es überhaupt noch gibt.

Bernhard, die Empfehlungen der Werthebach-Kommission sind faktisch im Verborgenen zustande gekommen. Ist im weiteren Prozess eine wirkliche Beteiligung der Betroffenen garantiert?

Wir haben als Gewerkschaft die mangelnde Transparenz der Entstehung dieser problematischen Empfehlungen massiv kritisiert. Das ist sowohl den Interessenvertretern der Beschäftigten gegenüber unfair, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Führungskräften gegenüber, die all das später umsetzen müssen.

Hinzu kommt nun ein beschleunigtes Stellungsverfahren. Also bereits Ende Januar soll der Diskussionsprozess abgeschlossen sein. Von unserer Seite ein nicht zu akzeptierendes Verfahren! Das sind nur noch Pseudo-Beteiligungen. So ist doch keine seriöse Tiefenarbeit möglich. Wenn man wirklich an den Argumenten der Gewerkschaften interessiert ist, baut man keinen solchen extremen Termindruck auf. Die Werthebach-Kommission konnte sich acht Monate Zeit nehmen.

Worin liegen die hauptsächlichen Kritikpunkte der GdP an den Empfehlungen?

Ich möchte tiefgründigen Analysen, die wir in den nächsten Tagen erstellen werden, nicht vorgreifen, aber ein erster Kritikpunkt ist zweifellos, dass die besagten Empfehlungen nicht den Auftrag aus der

Koalitionsvereinbarung widerspiegeln. Es fehlt völlig eine Betrachtung der Arbeitsprozesse. Dieses Defizit hat falsche Schlussfolgerungen und Empfehlungen zur Folge. Derartige Kritik haben wir nicht allein; aus diesem Grunde soll nun eine Projektgruppe die Sachverhalte überprüfen.

Es fehlt darüber hinaus eine verfassungsrechtliche Würdigung für die Beteiligung der Länder.

Eine künftige Bundesfinanzpolizei wurde kategorisch abgelehnt. Was wird die GdP hier unternehmen?

Wir werden die Idee einer Bundesfinanzpolizei weiter verfolgen. Dazu werden wir neben unseren Stellungnahmen sachlich aufklären – auch im parlamentarischen Bereich. Unsere Gründe dafür sind gut und werden von vielen Seiten unterstützt. Wir würden es begrüßen, wenn der Bundesinnenminister die vernünftigen Argumente anerkennt. Das wäre keine Niederlage, sondern ein logischer Schritt.



Polizei, Fußball und Fans im Dialog und Widerspruch

Nachhaltiger ließ sich der klare Wille aller Vertreter von Fußball und Polizei nicht formulieren. Kaum einer der Redner und Referenten wollte darauf verzichten, einen intensiveren Dialog zwischen der Polizei und den Fußballfans anzumahnen, bundesweit standardisierte und damit für beide Seiten verlässliche Sicherheitsregeln einzufordern, für mehr Respekt voreinander zu appellieren und den vom Deutschen Fußballbund (DFB), der Deutschen Fußballliga (DFL) und der Gewerkschaft der Polizei Mitte Januar in Frankfurt am Main veranstalteten Kongress „Feindbilder in Abseits – Dialog für Sicherheit im Fußball“ lediglich als Auftakt einer Reihe weiterer Veranstaltungen zu beschwören. So dicht beieinander in der guten Absicht, die Gewalt rund um den Fußball zu ächten und zu verdrängen, doch umso weiter entfernt in ersten Lösungsansätzen, präsentierten sich Polizei, Fanbeauftragte, Fanprojekte, Faninteressenvertreter und Ultras den rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Frankfurter Fußballgipfels.

„Für den DFB und die Liga“, betonte DFB-Präsident Dr. Zwanziger, „ist und bleibt die GdP der Ansprechpartner.“

Polizei an Belastungsgrenze

Die Einsatzkräfte seien nunmehr an der Belastungsgrenze, erklärte GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut in seinem den Kongress eröffnenden Grundsatzstatement. Die hohe Zahl der Fußballereinsätze im Verbund mit zahlreichen anderen Einsätzen und Großlagen sei kaum noch zu schultern, die personellen Ressourcen seien ausgereizt. Freie Wochenenden für Kolleginnen

Kostenerstattung für Fußballereinsätze reiner Populismus

Noch bevor das Verhältnis zwischen Polizei und Fans eingehend thematisiert wurde, übten sich DFB, DFL und GdP in einmütiger Ablehnung der Polizeigewerkschafts-Forderung, Fußballereinsätze der Polizei von Verband und Vereinen bezahlen zu lassen. Dies, so GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut, sei gleichwohl „politisch unsinnig wie juristisch falsch“. Am Fußball mache sich zwar die zunehmende Gewaltentwicklung in der Gesellschaft fest: „Wer aber glaubt, dass eine Sonder-Sicherheitsabgabe von Fußballvereinen angesichts der äußerst leeren Staatskassen und der massiv zupackenden Schuldenbremse tatsächlich der Polizei zu Gute kommt, der glaubt auch, dass Zitronenfalter Zitronen falten.“

**Fußball DFB-Pokal
Achtelfinale: VfB
Stuttgart - FC Bayern
München am
22.12.2010 in der
Mercedes-Benz Arena
in Stuttgart. Fans des
FC Bayern München
zündeten vor Spielbeginn
Bengalos.**

**Foto: Marijan Murat/
dpa**



In die gleiche Kerbe schlug DFB-Präsident Dr. Theo Zwanziger. Unzweifelhaft habe die Polizei mit dem Fußball viel Arbeit, doch seien die Vereine nicht die einzigen, die die Polizei in Anspruch nähmen. Die Sicherheitsprobleme rund um den Fußball löse dieses polemische Verlangen jedenfalls nicht. Dr. Zwanziger machte vor allem die Sparpolitik der Länderregierungen dafür verantwortlich, dass die

Belastung der Beamtinnen und Beamten so drastisch zugenommen habe. Harald Strutz, Vize-Präsident des Ligaverbandes DFL und Präsident des Fußball-Bundesligisten FSV Mainz 05, wurde noch deutlicher: „Was da von kleineren Gewerkschaften geäußert wird, sind durchsichtige Interessen und reiner Populismus.“ Nicht zu vergessen sei im Übrigen, dass die Vereine bereits erhebliche Steuerzahler seien.

und Kollegen in den Hundertschaften seien ein rares Gut. Allein im Fußballgeschehen habe die Einsatzbelastung der Polizeien der Länder und des Bundes in der Saison 2008/2009 einen Rekordwert von über 1,5 Millionen Einsatzstunden erreicht. Das entspreche der Jahresarbeitszeit von 1.174 Polizeibeamten und -beamtinnen. Bei Einsätzen rund um den Fußball habe es in den letzten neun Jahren einen Anstieg



von rund 600.000 Arbeitsstunden gegeben. Witthaut: „In der Saison 2008/2009 mussten also gegenüber der Saison 2000/2001 460 Polizeibeamte mehr eingesetzt werden, die, rein statistisch, nichts anderes machen, als von morgens bis abends und das ganze Jahr über problematische Fangruppen zu begleiten.“

In nahezu allen Bundesländern lägen aufgrund der Haushaltssituation Pläne

Einsatz ohne Unterstützungskräfte aus anderen Bundesländern überhaupt zu leisten.

Gewaltentwicklung macht sich am Fußball fest

Der GdP-Vorsitzende weiter: „Den gewaltigen Anstieg an Polizeieinsätzen hat nicht der Fußballsport zu verantworten. Der Deutsche Fußballbund, die Deut-

selten zusätzlichen Polizeischutz. Witthaut: „Da verabredet sich ein gewalttätiger Mob per Handy oder Internet, irgendwo und nur so zum Spaß so ein Fest zu überfallen.“ Das Fußballgeschehen, betonte der GdP-Vorsitzende, sei nicht die Ursache, aber dort, bei 1,7 Millionen Fußballspielen jährlich, kristallisiere sich diese fatale gesellschaftliche Erscheinung, die alle zu Konsequenzen zwänge. Witthaut sprach sich für eine Entzerrung und Flexibilisierung der Spielpläne, die konsequente Durchsetzung der Sicherheitsvorschriften bis in die 5. Liga, eine einheitliche Handhabung von Stadionverboten, ein Transportverbot von mit Stadionverboten belegten Personen mit der Deutschen Bahn, Alkoholverbote in Stadien und Transportmitteln der Bahn, einen Ausbau der Fanbetreuung und das Sicherstellen der Zuverlässigkeit der Sicherheitsdienste in den unteren Ligen aus. Um auf Fußball-Straftäter schneller reagieren zu können, forderte Witthaut eine staatsanwaltliche Begleitung bei Risikospielen: „Schnellverfahren für gewalttätigen Fußballfans schrecken wirksam ab. Nur so kommt man rasch zu Haftbefehlen und am Ende zu entsprechenden Urteilen.“ Notwendig sei ebenso, dass die Justiz endlich das Strafmaß bei Gewalttaten voll ausschöpfe. Es könne nicht sein, dass Hooligans Beamte schwer verletzen und dann mit einer lapidaren Geldbuße davonkämen. Kompromisslos zeigte er sich bei der bereits im Vorfeld des Kongresses von Fansseite geforderten Kennzeichnungspflicht für eingesetzte Polizeibeamtinnen und -beamten. Dies werde von der GdP abgelehnt.

Gelebte Integration

DFB-Präsident Dr. Theo Zwanziger stellte in seinem Statement die gesellschaftliche Bedeutung des Fußballsports in den Vordergrund. Die rund 80.000 Fußballspiele, die jede Woche in Deutschland stattfänden, seien gelebte Integration. Natürlich erkenne der DFB dort auch bestehende gesellschaftliche Defizite sowie Bestrebungen extremer Gruppierungen, den Fußball für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Zwanziger: „Lasst uns diesen fantastischen Sport nutzen, unsere freiheitliche und friedliche Grundordnung zu untermauern.“ Und das, so der Präsident von ca. 6,3 Millionen aktiven Fußballerinnen und Fußballern, am liebsten mit weniger Polizei in und an den Stadien. Er sei ein Anhänger präventiver Maßnahmen. Neben der wichtigen Sozialarbeit sei auch eine Intensivierung des Kontakts zwischen Fans und Polizei von enormer Bedeutung. Fuß-



Vor dem Kongress-Anpfiff: Fußball und Polizei sind sich einig – der Dialog muss intensiviert werden. (v.l.) GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut, Wolfgang Niersbach (DFB-Generalsekretär), DFB-Präsident Dr. Theo Zwanziger und der Vize-Präsident des Ligaverbandes und Präsident des Bundesligisten FSV Mainz 05, Harald Strutz.

Foto: Zielasko

für einen weiteren Personalabbau bei der Polizei in den Schubladen. Einige Länder, prophezeite der GdP-Chef, würden künftig nicht mehr in der Lage sein, einen größeren

sche Fußballliga und die Vereine bemühen sich nach Kräften, die Stadien und den Spielbetrieb sicherer zu machen.“ Die gewalttätigen Auseinandersetzungen spielten sich ja überwiegend am Rande von Fußballbegegnungen auf öffentlichem Boden und dem Schienennetz ab. Diese Gewaltentwicklung, die sich nicht nur am Rande des Fußballs zeige, sei in der Gesellschaft zu lange ignoriert oder verharmlost worden. Auch Bürgerfeste, Weinfeste, Herbstfeste und andere gesellschaftliche Veranstaltungen litten mittlerweile unter Gewaltausbrüchen und benötigten nicht



ballfans seien sehr sensibel und nähmen aus ihrer Sicht ungerechte Maßnahmen und Strafen nicht einfach hin. Die Polizei könne sich bemühen, sich stärker mit der Gefühlswelt der Fans zu beschäftigen.

Nicht übereinander, miteinander reden

Die einzelnen Beteiligten des Fußballgeschehens unterlägen unterschiedlichen Zwängen, sagte der dritte Redner des Veranstalter-Trios, DFL-Vize-Präsident Harald Strutz. Insofern sei es so enorm wichtig, miteinander und nicht übereinander zu reden. Auch er halte, wie seine Vorredner, die zunehmende Gewalt für ein sehr ernstes, aber eben auch vielschichtiges Problem. Die strikten Forderungen der GdP wolle er zunächst rechtlich in Frage stellen. Der Kongress biete daher die gute Gelegenheit, einen ersten Gedankenaustausch und eine Positionierung zu bewerkstelligen. Strutz: „Der Fan ist auch Repräsentant des Vereins. Das muss der Verein berücksichtigen. In Mainz haben

wir die Zahl der Zwischenfälle im Stadion verringert. Dazu beigetragen haben sicherlich die regelmäßigen Treffen mit den Fangruppen.“ Auch das Kurvengespräch der Sicherheitskräfte mit Fan-Vertretern vor dem Spiel mindere Konfliktpotenziale. Einer Kennzeichnungspflicht für polizeiliche Einsatzkräfte gegenüber, sei er nicht abgeneigt. Das, so Jurist Strutz, könne viel Luft herausnehmen. Der Präsident des Bundesligisten FSV Mainz 05 regte überdies an, in dieses Forum auch Vertreter der Gesetzgebung und der Rechtsprechung einzubinden. Strutz: „Lassen wir nicht zu, dass Fußball und Polizei gegeneinander ausgespielt werden.“

Vorbild „Konfliktmanager“

Tatsächlich sei eine zunehmende Verfestigung des Feindbildes „Polizei“ bei Fußballfans, vor allem bei Ultragruppierungen, festzustellen, erläuterte der sich seit 35 Jahren mit dem Phänomen „Gewalt und Sport“ auseinandersetzende Soziologe Prof. Dr. Gunter A. Pilz. Der

Honorarprofessor am Institut für Sportwissenschaften der Universität Hannover, der sich als Gewalt- und Konfliktforscher in den Bereichen Sport und Gesellschaft einen Namen gemacht hat, bescheinigte vielen Ultras ein schlechtes Verhältnis zur Polizei. Gegensteuern könne man nur, indem man mehr über den anderen erfahre. Ein hoffnungsvoller Ansatz sei, so Prof. Pilz, die 2009 von der Daniel-Nivel-Stiftung initiierte „Zukunftswerkstatt: Fußballfans und Polizei – Abbau der Feindbilder“ gewesen. 80 Teilnehmer, je 40 Polizisten und Fans aus Deutschland und Frankreich, hatten dort Probleme um den Fußball diskutiert und so den anderen und dessen Sichtweisen besser kennengelernt. Prof. Pilz: „Polizei und Fans werfen sich gegenseitig mangelnden Respekt und fehlendes Verständnis füreinander vor. Die Zukunftswerkstatt hat gezeigt, dass das miteinander Reden hilft. Die Sprachlosigkeit zwischen der Polizei und den Fans muss also überwunden werden, der Gesprächsbedarf ist groß.“ Der Soziologe warb für die Ausweitung polizeilicher „Konfliktmanager“. In der Saison 2008/09

Nürnberg, Germany

11. – 14.3.2011



LawEnforcement@IWA

Powered by



IWA 2011
& Outdoor Classics

High performance
in target sports, nature activities,
protecting people

Veranstalter

NürnbergMesse GmbH

Tel +49 (0) 9 11. 86 06-49 19

besucherservice@nuernbergmesse.de

Schützen ist Ihr Job.

Deshalb sollten Sie auf Nummer sicher gehen.

Mit Wissen von Profis für Profis:

- Weltangebot an Behördenwaffen
- Spezialprodukte für Behörden und Sicherheitsdienste
- Europäische Polizeitrainer-Fachkonferenz 
- Demonstration Area mit spannenden Vorführungen

www.lawenforcement.iwa.info

NÜRNBERG MESSE



FUSSBALL-GIPFEL

war dieses Modell erstmals von der Hannoveraner Polizei bei den Heimspielen der „96er“ erprobt worden. Und auch bei den Ultras fiel dies auf fruchtbaren Boden. Pilz: „84 Prozent der Fans, die den Einsatz des Konfliktmanagers während eines Spiels bei

oft angetrunkenen Zuschauer gegen die Einsatzkräfte, noch mehr Gewalt ist die Folge.“ Der als ehemaliger Führer einer Beweissicherungs- und Festnahmeinheit im Fußballgeschehen erfahrene Bundesbereitschaftspolizist setzte sich für eine

einheitliche Linie und Standardisierungen bei Fußballesätzen ein. Zu viele unterschiedliche Regeln sorgten sowohl bei der Polizei wie auch auf Seiten der Fans für Verunsicherung. Dazu müssten alle Beteiligten zusammenwirken. Schließlich



2. Bundesliga, FC Hansa Rostock - FC Energie Cottbus am 2.5.2010 in der DKB-Arena in Rostock. Die Cottbuser Fans wurden am Bahnhof in Rostock von Polizisten in Empfang genommen.

Foto: Bernd Wüstneck/dpa

Hannover 96 erlebt haben, wollen ihn als Dauer-Einrichtung.“ Die Polizei profitiere indes nicht nur von friedlicheren Einsätzen, selbst bei Risikospielen würden weniger Kräfte benötigt.

Einheitliche Einsatzlinie

Polizeihauptkommissar und GdP-Mitglied Christian Kusch sah ebenso wie Forscher Prof. Pilz ein Auseinanderdriften von Polizei und Fans. Kusch, seit 2008 stellvertretender Hundertschaftsführer in der Bundespolizeiabteilung Blumberg: „Die Fans verhalten sich gegenüber der Polizei zunehmend konspirativ. Kommt es zu Gewaltvorfällen am Rande eines Spieles, solidarisieren sich Gruppierungen



Alkoholmissbrauch schafft Gewalt: GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut in seinem Grundsatzstatement für Alkoholverbote in Stadien und in der Bahn.

Foto: Zielasko

müssten alle Partner berechenbar sein. Dadurch werde der Konfliktraum zwischen Polizei und Fans deutlich schmaler. Kusch untermauerte indes die Forderungen des GdP-Vorsitzenden. Zwar müsse es mehr Kommunikation geben, doch dürfe dies nicht heißen, bei Fehlverhalten nicht auch konsequent durchzugreifen. Straftäter, die schon während der Fahrt zum Spiel aufgefallen seien, dürften beispielsweise nicht mehr zum Spielort gebracht werden. Er appellierte an Fußballverband und Liga, Fan-Fehlverhalten nicht nur in den Stadien, sondern auch auf An- und Abreisewegen auszuwerten.

Begegnung mit Polizei nicht auf Augenhöhe

Auch die Fans, so Thomas Beckmann, Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft der Fanprojekte (BAG) und nächster im Reigen der insgesamt zwölf Referenten, begrüßten das Zusammentreffen von Vertretern des Fußballs und der Polizei. Um langfristige Konzepte zu entwickeln, dürfe



in den letzten zehn Jahren die Belastung der Kräfte um etwa das Vierfache erhöht. Dem Problem der zunehmenden Gewalt gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten sei man schlicht mit einem erhöhten Personalaufgebot begegnet. Dadurch sei die vermeintliche „Ruhe“ bei Fußballspielen geradezu erzwungen worden. Die Folge sei, dass die von einem Einsatz in den nächsten verschickt werdenden Bereitschaftspolizisten kaum noch Freizeiten

In Mönchengladbach, so Lennartz weiter, habe man einen Arbeitskreis gebildet, alle Parteien an einen Tisch geholt und die jeweils aufgetretenen Probleme vor und nach dem Spiel mit dem Ziel diskutierten, feste Absprachen zu treffen und damit Lösungen zu schaffen. Zwar sprächen die Parteien für viele, doch, wenn man ehrlich sei, müsse man sagen: „Die sogenannten erlebnisorientierten Jugendlichen, mutmaßliche ‚Zukunftsrandalierer‘, können

es sei nicht jedermanns Sache, am Ende des Einsatzes mit dem vollgerotzten Rücken seiner Lederjacke da zu stehen. Es sei bewundernswert, wie ruhig und besonnen die Beamten trotz des überaus selbstgerechten und provozierenden Verhaltens mancher Fans geblieben seien.

Doch der sich selbst als Fußball-Autisten charakterisierende Ruf drehte die Medaille um: Polizeibeamte täten sich manchmal schwer damit, Fans als Men-



oder gar freie Wochenenden genießen könnten. Es sei zunehmend schwierig für die Kolleginnen und Kollegen, überhaupt noch soziale Kontakte zu pflegen und aufrechtzuerhalten. Lennartz: „Wir wollen keine Polizei, die sich nur noch mit sich selbst unterhält.“

Verständnis habe er für die Klage vieler Fans über gelegentlich schlechte Reisebedingungen und nahm den Ball des BAG-Sprechers Beckmann auf. Es dürfe keine an „Viehtransporte“ erinnernden Umstände geben. Es könne ja niemanden ernsthaft verwundern, wenn Fans nach stundenlanger Anreise in einem Waggon ohne Toilette, sofort nach der Ankunft an einem Bahnhof ohne Toiletten, bereits auf dem Bahnsteig ihr Geschäft verrichten. Sollte sich dann noch ein Supermarkt in direkter Nähe befinden, führe dies zwangsläufig zu Konflikten, die aber die Polizei nicht verursacht habe, und: „Wir stehen dann in der Mitte und müssen das ausbaden.“

Heißes Thema Pyrotechnik: (v.l.) Michael Gabriel, Leiter der Koordinationsstelle Fanprojekte (KOS), Wilko Zicht vom Bündnis aktiver Fußballfans (BAFF), DFL-Geschäftsführer Holger Hieronymus, GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut, der DFB-Sicherheitsbeauftragte Helmut Spahn und Moderator Sascha Kalupke. Foto: Holecek

wir nicht erreichen“. Diesem Kreis dürfe keine Kulisse gegeben werden und er müsse vom Fußball ausgeschlossen werden.

Videüberwachung im Stadion fragwürdig

Politikwissenschaftler Christoph Ruf, freier Journalist und Begründer und späterer Mitgesellschafter des Fußball-Magazins „Rund“ erzählte in seinem sehr pointierten Vortrag, er sei schon häufig mit der Polizei im Fußballereinsatz gewesen und

schen zu betrachten. Nicht nur dies empöre ihn. Die umfassende Videoüberwachung in den Stadien sei ein massiver Eingriff in die Grundrechte. Abrüstung auf polizeilicher Seite täte gut, doch das Gegenteil sei momentan der Fall: „Glauben Sie mir, in neun von zehn Spielen hätte ein Fünftel der anwesenden Polizei gereicht.“ Nicht klar sei zudem, ob es wegen oder trotz des Polizeieinsatzes friedlich geblieben sei.

Wie BAG-Sprecher Beckmann sprach sich Ruf für eine Kennzeichnung von Polizeibeamten aus. Corpsgeist, behauptete Fußballkenner Ruf, sei bei der Polizei kein unbekanntes Phänomen. Das passiere in seinem Berufsstand genauso. Journalisten würden sich schließlich auch nicht gegeneinander anschwärzen. Er appellierte: „Die Polizei sollte den Fans einen Vertrauensvorschuss gewähren. Erst wenn dieser missbraucht wird, muss die Repressions-schraube ange dreht werden.“ Den Ultras empfahl er, ihr „paramilitärisches“ Auftreten aufzulockern. Aber: „Hochgerechnet





Moderne COFDM-Überwachungs-Technologie:

Damit haben Sie die Lage im Blick

Moderne Video Funkstrecken liefern:

- Zuverlässige Lösungen von Schmalband bis HD
- Großlagenüberblick
- Luftüberwachung lokal
- Mobile Videoüberwachung auch ohne Sichtverbindung
- Offene und verdeckte Ermittlung
- UAV und UGV Aufklärung per IP-Link

BMS Drahtlos-Systeme sind schnell verfügbar, bieten maximale Mobilität, sind flexibel einsetzbar, variabel im Einsatzzweck und arbeiten im BOS-Frequenzband.

BMS
A Cohu Company

25 Jahre Erfahrung in Drahtloser Video Übertragung

Telefon: 06124 7239 00 | saleseurope@bms-inc.com | www.bms-broadcast.com

auf die Zuschauerzahl, sind Fußballspiele das reinste Pazifistenfest“.

„Schön, dass ihr da seid!“

Etwas ernüchtert berichtete Jens Volke, hauptamtlicher Fanbeauftragter der Dortmunder Borussen, vor der abschließenden Podiumsrunde über die geringen Zugriffsmöglichkeiten seiner Kolleginnen und Kollegen auf die eigenen Fans. Volke: „Die Polizei erwartet zu viel, wenn sie glaubt, wir könnten den Fans irgendwelche Anweisungen erteilen. Wir sehen uns als Dolmetscher zwischen den Ultras und der Polizei. Das sieht zwar manchmal etwas albern aus, wenn wir zwischen den handelnden Personen hin und her laufen, aber wenn es hilft, tun wir es.“ Als Streitschlichter aber gerate man hin und wieder zwischen die Fronten. Auch er habe schon in einer Pfefferspraywolke gestanden.

Dass das Verhältnis der Fans und der deutschen Polizei offenbar nicht völlig zerrüttet ist, schilderte Volke anhand einer im Forum für Schmunzeln sorgende Begebenheit bei einem Auswärtsspiel der Borussen in Sevilla. Dort war, so Borusse Volke, von der spanischen Polizei regelrecht Jagd auf die schwarz-gelben Fans gemacht worden. Am Ende sei es zu „15 willkürlichen Festnahmen“ gekommen. Nur unter großen Schwierigkeiten habe er die Fans aus der Untersuchungshaft auslösen können. „Beim anschließenden Dortmunder Auswärtsspiel hätten wir beinahe die anwesende BFE umarmt und gesagt: ‚Schön, dass ihr da seid!‘“ Dies Beispiel solle deutlich machen, dass in Deutschland ein richtiger Weg gegangen werde, wenn Jugendliche – wenn auch in Ultragruppen – überhaupt ins Stadion kämen. Volke, dessen westfälischer Arbeitgeber von Anhängern des FC Schalke 04 in folkloristischer Tradition gerne ins benachbarte Lüdenscheid verortet wird, nannte das „abschreckende“ Beispiel England. Dort seien die Jugendlichen durch exorbitante Ticketpreise aus den Stadien vertrieben worden. Nun tobten sie sich vor den Stadien aus und zögen ihre Raubzüge durch. Volke: „Zahnschmerzen werden in England durch das Kopf-ab-Prinzip behandelt.“

Ebenso seien organisierte Anreisen, wie in den Niederlanden üblich, geradezu skurril. So müsse ein in Enschede wohnender Fan des Erstligisten Ajax Amsterdam, dessen Team aber gegen Twente Enschede spielt, zunächst nach Amsterdam reisen, dann weiter nach Enschede, wieder zurück nach Amsterdam, um dann zu seinem

Wohnort in Enschede zurückzufahren.

Als in der Reihenfolge letzter Referent des Kongresses vor der abschließenden Podiumsrunde brach Volke eine weitere Lanze für die Ultrabewegung. Er zitierte die Gedanken eines italienischen Ultras, der dort in der Gruppe „einzigartige Gemeinschaftsgefühle“ erlebt habe. Fanbeauftragter Volke: „Die Ultrabewegung leistet kostenlose Jugendarbeit.“

Feuer und Flamme

Gemeinsam mit den 300 Kongress-Gästen Bilanz ziehen wollte die abschließende Podiumsrunde, an der neben dem GdP-Bundevorsitzenden der DFB-Sicherheitsbeauftragte Helmut Spahn, DFL-Geschäftsführer Holger Hieronymus, Michael Gabriel, Leiter der Koordinationsstelle Fanprojekte (KOS) und Wilko Zicht vom Bündnis aktiver Fußballfans (BAFF) teilnahmen. Ohne größeres Geplänkel nahm die Diskussion Fahrt auf und konfrontierte das Podium mit einem für Ultras elementaren Thema – dem Abrennen von Pyrotechnik im Stadion.

In der Vorrunde dieser Saison habe es in höheren deutschen Ligen so viele „pyrotechnische Vorfälle“ gegeben wie in der gesamten vorigen Spielzeit, sagte Helmut Spahn. Er räumte ein, dass dieses Sicherheitsproblem mit Polizei und Ordnungskräften allein nicht in den Griff zu bekommen sei. Der DFB sei bereit, unter Einbeziehung aller Beteiligten in einer ergebnisoffenen „AG Pyro-Technik“ auszuloten, was möglich sei.

Als direkte Antwort auf die Einlassung des DFB-Sicherheitschefs überreichte eine Vertreterin der von 55 Ultra-Gruppen initiierten Kampagne „Pyrotechnik legalisieren – Emotionen respektieren“ Spahn ein Manifest, das nunmehr den Weg zum Kompromiss weisen soll. Spahn nahm dankend an, schränkte aber ein, dass die Gesprächsbereitschaft des DFB nicht als „ja“ zu deuten sei.

DFL-Geschäftsführer Holger Hieronymus betonte die Verantwortung der Klubs für die Sicherheit aller Zuschauer und wies auf die baulichen Veränderungen der Stadien zu mehr oder weniger geschlossenen Arenen hin. Während in den alten, offenen Stadien der unvermeidliche Qualm nach oben ungehindert abziehen konnte, so bildeten die komfortablen Überdachungen moderner Arenen heute schwer zu überwindende Hindernisse. Gänzlich sperren wollte sich Ex-Profi Hieronymus nicht gegen die „südländische Stimmung“ in den Kurven. Er wisse aber,

als Spieler bekomme man von dem Feuerzauber eher wenig mit, da man zu sehr mit dem eigentlichen Spiel beschäftigt sei.

GdP-Bundevorsitzender Witthaut zeigte sich skeptisch: „Vielleicht kann man wirklich in einem Stadion einen Raum schaffen, wo man ein bengalisches Feuer abbrennen darf. Momentan lehnt die Polizei das unkontrollierte Abbrennen von Pyrotechnik im Stadion ab. Bengalos werden als eskalierendes Element eingestuft.“ Die Sicherheit der Zuschauer, aber auch der Polizei- und Ordnungskräfte müsse jederzeit gewährleistet sein.

Wilko Zicht vom Bündnis aktiver Fußballfans (BAFF) plädierte unmissverständlich für eine Legalisierung des Abrennens von Pyrotechnik im Stadion. Nicht zuletzt würden dadurch die zweifelhaften Personenkontrollen vor den Stadioneingängen wegfallen. Es könne ja nicht sein, dass sich in Zelten weibliche Fans nackt ausziehen müssten, nur um sicher zu gehen, dass sich im BH kein Bengalo befinde.

Michael Gabriel, oberster Fanprojektleiter Deutschlands, wertete den nun beginnenden Pyro-Dialog als Riesenchance, mehr Verständnis füreinander zu entwickeln.

Knackpunkte Kennzeichnung und Stadionverbote

Während sich also bei der Pyrotechnik zumindest Verband und Fans aufeinander zu bewegen, gelang dies Polizei und Ultras bei den Knackpunkten Kennzeichnung von Polizeibeamten und Stadionverboten nicht. Unvereinbar stand die erneut vorgetragene Fan-Forderung nach einer Kennzeichnungspflicht für die eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten der kompromisslosen Ablehnung dieses Vorschlags durch GdP-Chef Witthaut gegenüber. Auch beim Thema „Stadionverbote“ scheint eine Lösung noch in weiter Ferne. Während die Fans die Abschaffung dieser Sanktion forderten, plädierte Witthaut für eine konsequente Anwendung und ein Transportverbot für solche Problemfans. Das wiederum rief einen Fan des Berliner Zweitligisten Union Berlin auf den Plan. „Fans sind auch Bürger, Stadionverbote sind Ausgrenzung und Transportverbote zu kurz gedacht“, rief er dem Podium und dem Forum zu. Es gibt also noch einiges zu bereden. Aber genau das soll ja auch passieren, wenn man sich denn wieder trifft, um dem ersten Schritt den zweiten folgen zu lassen.

Michael Zielasko





Großer Schaden.

Kleine Karte. *Schnelle Hilfe.*



Schnell, unbürokratisch und flexibel – auf den Advocard Rechtsschutz können Sie sich verlassen.

- Keine Selbstbeteiligung im Schadenfall
- Keine Wartezeit im Verkehrs-Rechtsschutz
- Keine Prüfung der Erfolgsaussichten
- Rundum sorglos mit der Advocard

Rufen Sie uns an, wir beantworten gerne Ihre Fragen:

Advocard KundenServiceCenter: OSG der Gewerkschaft der Polizei:
(040) 23 73 10 (0211) 710 42 02

Bitte einsenden an: OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH, z. H. Abt. Versicherungen, Forststraße 3a, 40721 Hilden, **Schneller geht's per Fax:** 0211 / 710 42 72

Name, Vorname

Straße, Haus-Nr.

PLZ Wohnort

GdP-Mitgliedsnummer Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)

Name, Vorname des mitversicherten Lebenspartners

E-Mail

Einzugsverfahren

- Die OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH und/oder
- die Advocard Rechtsschutzversicherung AG
- wird/werden widerruflich ermächtigt, bei Fälligkeit den Betrag zu Lasten des nachstehenden Kontos einzuziehen.

Geldintitut

BLZ KTO

Kontoinhaber (wenn nicht Antragsteller)

Datum (TT.MM.JJJJ) Unterschrift des Kontoinhabers

Ich wünsche ab Datum (TT.MM.JJJJ)
(frühestens einen Tag nach Eingang bei Advocard oder der OSG)

Verkehrs-Rechtsschutz mit Fußgänger Rechtsschutz
verwaltet durch die OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH (§18 ARB 2011)

Single Tarif jährlich **55,00 €***

Familien/Partner Tarif jährlich **76,70 €***

Privat-Rechtsschutz
verwaltet durch die Advocard Rechtsschutzversicherung AG (§ 21 ARB 2011) ohne Berufs-Rechtsschutz

jährlich **106,13 €***

halbjährlich **54,74 €***

vierteljährlich **27,93 €***

monatlich **9,31 €***

Privat- und Wohnungs/Haus-Rechtsschutz
verwaltet durch die Advocard Rechtsschutzversicherung AG (§ 21 u. 24 ARB 2011) ohne Berufs-Rechtsschutz

jährlich **159,37 €°**

halbjährlich **82,20 €°**

vierteljährlich **41,94 €°**

monatlich **13,98 €°**

Vorversicherung nein ja, bei

(bitte immer angeben) Gekündigt vom Versicherungsnehmer Versicherer

Versicherungssumme: Im Verkehrs-RS: 1.000.000 € je Rechtsschutzfall und zusätzlich bis zu 200.000 € als Darlehen für Strafkautionen. Im Privat-RS/Privat- und Wohnungs-RS: Unbegrenzt und zusätzlich bis zu 200.000 € als Darlehen für Strafkautionen.

Datum (TT.MM.JJJJ) Unterschrift

* **Beiträge:** Für die Zeit vom Vertragsbeginn bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres der anteilige Jahresbeitrag, danach für jedes Kalenderjahr der volle Jahresbeitrag wie oben inkl. gesetzl. Versicherungssteuer, zzt. 19 % (Fälligkeit Februar). Die Beitragsleistung soll jeweils bei Fälligkeit erfolgen. **Vertragsdauer:** Bis zum 31. Dezember des Jahres, das dem Jahr des Vertragsbeginns folgt. Der Versicherungsvertrag verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr, wenn er nicht spätestens 3 Monate vor Ablauf der Versicherungsdauer schriftlich gekündigt wird. Der Vertrag zwischen dem Versicherungsnehmer und der Versicherungsgesellschaft erlischt ohne besondere Erklärung mit der Beendigung der Mitgliedschaft bei der GdP.

° **Beiträge:** Wie oben inkl. gesetzl. Versicherungssteuer (zzt. 19 %) und Zahlungsbonus für 1/2-jährliche (2 %) und jährliche (5 %) Zahlungsweise. Nebengebühren werden nicht erhoben. **Vertragsdauer:** 3 Jahre. Der Versicherungsvertrag verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr, wenn er nicht spätestens 3 Monate vor Ablauf der Versicherungsdauer schriftlich gekündigt wird. Die angegebenen Beiträge gelten für eine Vertragsdauer von 3 Jahren.

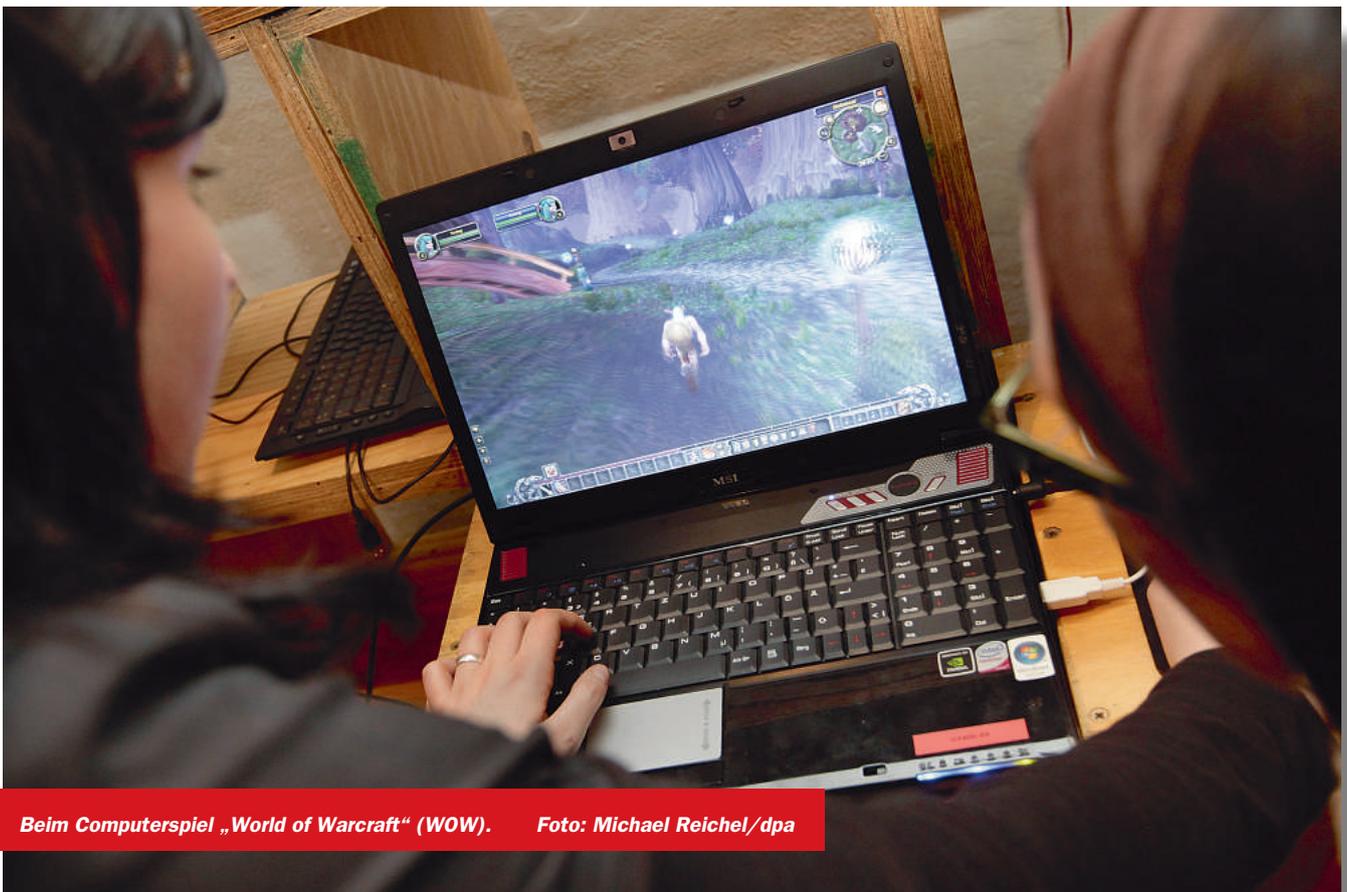
Neue Welten mit Deliktpotenzial

Sozial abweichendes Verhalten – also Handlungen, die der Norm der jeweiligen Mehrheitsgesellschaften widersprechen – gab es schon immer und wird es auch zukünftig in jeder noch so utopischen Gesellschaftsform geben. Üblicherweise sprechen die Menschen dann – je nach Schwere der Handlung – von Vergehen, Verbrechen oder verallgemeinernd von Kriminalität. Gilt diese Grundannahme aber auch für etwaige Kulturformen, die sich im Cyberspace entwickeln – z.B. in sogenannten virtuellen Welten wie World of Warcraft (WoW) oder auch Second Life (SL)?

um Computerprogramme handelt, welche virtuelle Welten darstellen. Mehr noch – diese 11 Millionen Nutzer verbringen einen Großteil ihrer Freizeit in diesen virtuellen Realitäten.

Was sind virtuelle Welten?

Unter virtuellen Welten versteht man landläufig künstliche durch Programmie-



Beim Computerspiel „World of Warcraft“ (WOW). Foto: Michael Reichel/dpa

Virtuelle Welten – eine zweite Realität?

Bevor man sich dieser Frage nähern kann, muss man zunächst umgrenzen und beschreiben, was heutzutage unter virtuellen Welten verstanden wird. Für manchen sind Namen wie World of Warcraft, Second Life, Herr der Ringe Online, Twinity oder Aion böhmische Dörfer. Viele Nutzer aber versinken tagtäglich als Elfen oder Zwerge aus nordischen und griechischen

Sagen oder als Menschen – welche sich auch fliegend fortbewegen können – in diesen fantastischen Welten. Vielleicht hat der Eine oder Andere bisher diese Begriffe von seinem Kind, einem Arbeitskollegen oder im näheren Freundeskreis bereits gehört, aber nichts mit ihnen in Verbindung bringen können. Von den ca. 60 Millionen Internetnutzern in Deutschland wissen nach aktuellen Erhebungen mindestens 11 Millionen, dass es sich bei World of Warcraft, Second Life und Co.

rer geschaffene und grafisch dargestellte Welten, welche über das Internet mit einem virtuellen Stellvertreter des Nutzers besucht werden können. Dieser Stellvertreter wiederum, für den sich der aus dem hinduistischen Sanskrit stammende Begriff des Avatars als Bezeichnung etabliert hat, dient dem Nutzer einerseits als grafischer Platzhalter, über welchen er mit anderen Avataren interagieren, spielen,

Fortsetzung auf Seite 24





Anforderungen bei Verkehrszeichen

Die Beachtung von Verkehrszeichen durch Verkehrsteilnehmer kann nur dann erreicht werden, wenn sie ohne weiteres erkannt werden können. Dies ist nicht immer gewährleistet.

Da Verkehrszeichen im Interesse der Verkehrssicherheit von jedem Verkehrsteilnehmer sofort befolgt werden sollen, sind sie so aufzustellen oder anzubringen, dass ein durchschnittlicher Kraftfahrer die damit erklärte verkehrsrechtliche Anordnung bei Einhaltung der nach § 1 StVO erforderlichen Sorgfalt ohne weitere Überlegungen zur Kenntnis nehmen kann. Dem daraus folgenden Sichtbarkeitsgrundsatz, der gerade auch die Klarheit im Sinne einer inhaltlichen Verständlichkeit meint, ist dann Genüge getan, wenn der Kraftfahrer das Verkehrszeichen schon „mit einem raschen und beiläufigen Blick“ erkennen kann. So hat sich das Bundesverwaltungsgericht geäußert.

Hiernach kann die Grenze der Erfass-

Urteile

barkeit insbesondere durch eine Häufung von Verkehrszeichen überschritten sein. Die Vorgabe in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung über die Begrenzung der Anzahl von Verkehrszeichen einschließlich Zusatzzeichen an einem Pfosten auf – in der Regel drei – können zur Konkretisierung der insoweit zu beachtenden Grenzen beitragen. Eine schematische Orientierung an dieser lediglich als rechtlich unverbindlichen Auslegungshilfe einzuordnenden Regelwerk verbietet sich indessen. Vielmehr bedarf es einer einzelfallbezogenen Bewertung, die auch die jeweils betroffene Verkehrssituation mit einbezieht. So ist anerkannt, dass in parkendem Verkehr niedrigere Anforderungen an die Sichtbarkeit von Verkehrszeichen und damit einhergehenden hoheitlichen Sorgfaltsanforderungen an den Verkehrsteilnehmer gestellt werden können als im fließenden Verkehr. Ver-

kehrszeichen, die den fließenden Verkehr regeln, müssen gerade bei höherer Geschwindigkeit des Verkehrsteilnehmers innerhalb kürzester Zeit wahrgenommen und inhaltlich erfasst werden, damit sie ihre Aufgabe erfüllen können. Demgegenüber fährt der Verkehrsteilnehmer an Verkehrszeichen, die den ruhenden Verkehr betreffen, typischerweise mit geringer Geschwindigkeit vorbei; auch ist es ihm gefahrlos möglich, sich im Zweifelsfall nach dem Abstellen des Fahrzeugs über den genauen Inhalt der Regelung zu vergewissern und sein Verhalten danach auszurichten.

Diese Auffassung hat der **Verwaltungsgerichtshof Mannheim im Urteil vom 20.1.2010 – 1 S 484/09** – vertreten.

Dr. Otto

Schadensersatz wegen Bedrohung von Polizeibeamten

Als es zu einem Streit von alkoholisierten Gaststättenbesuchern mit dem Wirtsehepaar und auch zu körperlichen Übergriffen von vier Besuchern auf andere

IPOMEX®

■ 5th international
police meeting
and exhibition ■

12.–14. April 2011,
Münster

www.ipomex.com

 MESSE UND
CONGRESS CENTRUM
HALLE MÜNSTERLAND
Wir begeistern Menschen

Messebegleitendes Rahmenprogramm u. a. mit:

- Fachkonferenz „Moderne und adaptive Lichttechnik für den Funkstreifenwagen“
- Jahrestagung der DGfK
- Workshop „Taktische Einsatzmedizin“
- Führungskräfte-seminar „BOS-Funk für die BOS-Branche (Leitstellentechnologie)“
- Sonderschau Einsatzfahrzeuge



Unterstützt durch:

Innenministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen



Deutsche
Hochschule der Polizei





Gäste kam, wurde die Polizei gerufen. Vor Ort trafen die Beamten etwa 15 bis 25 teilweise stark alkoholisierte und aggressive Personen an. Den beiden Polizeibeamten gelang es nicht die aufgeheizte Stimmung zu entschärfen und die Auseinandersetzungen zu beenden. Sie wurden selbst in die Auseinandersetzungen mit hineingezogen. Nachdem sich die Situation zunächst etwas beruhigt hatte, bewegten sich drei Gäste gemeinsam auf einen Polizeibeamten zu, ohne auf dessen Aufforderung stehen zu bleiben, zu reagieren. Um sie zu stoppen, gab der Polizeibeamte mit seiner Dienstpistole drei Warnschüsse in die Luft ab. Die drei Gäste kamen aber weiter auf den Polizeibeamten zu, der ihnen daraufhin gezielt in die Beine schoss. Unterdessen stand der zweite Polizeibeamte mit gezogener Dienstwaffe ca. 2 bis 3 m Meter vom Ort des Geschehens entfernt. Körperliche Verletzungen ertrugen die beiden Polizeibeamten bei dem Vorfall nicht. Sie versahen ihren Dienst zunächst fünf Monate weiter. Danach wurde aber der eine Beamte dienstunfähig und in der Folgezeit stationär und ambulant behan-

Urteile

delt. Er wurde dann 20 Monate später in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Auch der zweite Polizeibeamte wurde fünf Monate nach dem Einsatz dienstunfähig, stationär und ambulant behandelt. Er wurde später wieder eingeschränkt dienstfähig, durfte in der Nachtschicht aber nicht eingesetzt werden. 16 Monate nach dem Vorfall war der zweite Beamte wieder uneingeschränkt dienstfähig.

Der Dienstherr der beiden Polizeibeamten verlangte von den drei Gaststättenbesuchern in vollem Umfang Schadensersatz. Sie hätten durch ihren gemeinsamen Angriff auf die beiden Polizeibeamten und der damit einhergehenden Rechtsgutverletzung den berechtigten Schusswaffeneinsatz ausgelöst, der zu einer massiven Gesundheitsschädigung bei den beiden Beamten geführt hat. Die Schäden fielen in den Schutzbereich einer Reihe von Rechtsvorschriften, die gerade auch den Schutz der Polizeibeamten bezwecken. Auch waren die geltend gemachten und auch eingetretenen psychischen der Polizeibeamten den drei Gästen zuzurechnen.

Aufgrund von Zeugenaussagen stand fest, dass sich für die beiden Polizeibeamten eine äußerst bedrohliche und im höchsten Maß gefährliche Situation ergeben hatte. Die Zeugen gingen von einem „Vernichtungswillen“ der Täter aus. Sämtliche polizeilichen Anhalte- und Stoppbefehle der beiden Polizeibeamten zur Beendigung des Angriffs wurden von den drei Tätern völlig ignoriert, nachdem diese zuvor mit äußerster Brutalität auch auf weitere Unbeteiligte losgegangen waren und diese verletzt hatten. Auch die zuvor abgegebenen Warnschüsse hatten die drei Täter nicht an dem weiteren massiven aggressiv geführten Angriff gehindert. Sie hatten sich dem einen Polizeibeamten bis auf einen Meter genähert und die Fäuste bereits erhoben, so dass eine körperliche Beeinträchtigung unmittelbar bevorstand.

Die drei Täter hatte die polizeilichen Anweisungen zum Stehen bleiben und zu Beendigung des Angriffs eindeutig ignoriert. Sie hatten Widerstand gegen die Polizeibeamten geleistet, diese abgedrängt und zum „Rückzug“ genötigt und hierdurch auch ihre Freiheit beeinträchtigt, sowie weiterhin auch versucht, diese körperlich durch Schläge bzw. Tritte zu verletzen. Der Schadensersatzanspruch des Dienstherrn war in vollem Umfang begründet.

Urteil des Oberlandesgerichts Koblenz vom 8.3.2010 – 1 U 1114/06 Dr. Otto



THOMAS BROCKHAUS

Automobile und mehr

NEU- oder GEBRAUCHTWAGEN?

Wir liefern Fahrzeuge aller **NAMHAFTER HERSTELLER** zu **GÜNSTIGEN PREISEN**.

SERVICE
wird bei uns groß geschrieben.

Informieren Sie sich!

Telefon: (02207) 76 77

www.fahrzeugkauf.com

BRUNOX®
Waffenpflege ist
- Lauffreinigung,
- Korrosionsschutz
- und Schmierung

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis:
BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/961 2904; Fax / 961 2913

www.polizeifeste.de

**Alle Polizeifeste
der GdP
auf einen Blick!**

Gehobenes Ambiente in einem **klassischen Sanatorium Badeabteilung mit allen Anwendungen im Haus Sole-Thermalschwimmbad mit 32°C Dampfbad, Sauna, Fitness Hervorragende Küche mit allen Kostformen**

Sanatorium Holler

Synthese aus schulmedizinisch-naturheilkundlicher Behandlung. **Indikationen: Erkrankungen der inneren Organe (inkl. Diabeteinstellung), Gastroenterologie, Kardiologie, Orthopädie, Psychosomatik, Burn-Out, Naturheilverfahren, Anschluss-Reha-Maßnahmen, ambulante Badekur.**

Edelfinger Strasse 26 - 28
97980 Bad Mergentheim

Telefon: 07931/54 60 · Fax: 07931/54 61 22

Internet: <http://www.sanatorium-holler.de>

E-mail: info@sanatorium-holler.de

Akutklinik Bad Saulgau
Fachklinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie

Dr. med. Boris Michelitsch
Am schönen Moos 9
D 88348 Bad Saulgau
Tel. +49 7581 2006-0
Fax: +49 7581 2006-400
info@akutklinik-bad-saulgau.de
www.akutklinik-bad-saulgau.de

Behandlungsschwerpunkte:

- Kriseninterventionen
- Problemkreis Schmerz-Angst-Depression
- Interdisziplinäre Schmerzbehandlung
- Burn-out-/Mobbing-Folgeerkrankungen
- Persönlichkeitsstörungen
- Trauerbewältigung ● Tinnitusbewältigung
- Traumatherapie ● Essstörungen

Was unterscheidet uns von Anderen:

- Hohe Behandlungsdichte
- Erfahrenes Team ● Kurze Wartezeiten
- Patient-Therapeuten-Schlüssel 4:1

KURKLINIK
SCHWANGAU
Die Kur der Lebensfreude

Bewegungstherapie im Heilklima
Rehabilitation: Innere Krankheiten, Psychosomatische Erkrankungen, Orthopädie

Indikationen:
Stressabbau, Burn-Out · Erschöpfungszustände und Schlafstörungen · Herz- und Kreislaufkrankheiten
Stoffwechselstörungen / Ernährungsprobleme
Wirbelsäulenleiden / Migräne

Privatklinik (beihilfefähig) – fachärztl. Ltg.
Mitteldorf 5 · D · 87645 Schwangau/Allgäu
Tel. 0 83 62 / 9 82 80 · Fax 98 28 28

www.kurklinik-schwangau.de



Experte für den „Außendienst“: Das Samsung B2710 X-treme Edition ist staub- und wasserdicht.

Mobiltelefone aus der X-treme Edition stehen bei Samsung für robuste Geräte mit Funktionen und Vorzügen, die dem Nutzer im Polizeidienst zugutekommen. So bestätigt die IP67-Zertifizierung, dass das Samsung B2710 X-treme Edition staubdicht ist und eine Wassertiefe von bis zu einem Meter über einen Zeitraum von bis zu 30 Minuten ohne Schaden übersteht. Dazu passen das kratzresistente Display sowie die gummierte Oberfläche für einen rutschfesten Griff. Den richtigen Weg im freien Gelände weist die integrierte GPS-Funktion, der digitale Kompass und Google Maps™.

Ob auf einer Demonstration oder beim Regeln der Verkehrs: Wenn es laut wird, spielt das Samsung B2710 X-treme Edition weitere Stärken aus. Für eine stets gute Verständigung während Telefonaten, reduziert das Gerät Hintergrundge-



räusche und verfügt über extra laute Lautsprecher. Auch wenn es dunkel wird, können sich Nutzer des Samsung B2710 X-treme Edition einfach helfen. Ein Knopf an der Gehäusesseite aktiviert die integrierte Taschenlampe.

Darüber hinaus verfügt das Samsung B2710 X-treme Edition über eine 2,0-Megapixel-Kamera für Foto- und Videoaufnahmen. Per UMTS, Bluetooth® 2.1, oder USB 2.0 werden Daten schnell übertragen. Der interne Speicher kann über den microSD™-Steckplatz um bis zu 16 GB erweitert werden. Der 1300 mAh-Akku sichert eine ausreichend lange Laufzeit, um die ganze Bandbreite der Funktionen nutzen zu können.

Das Samsung B2710 X-treme Edition ist ab sofort in Deutschland erhältlich. Der empfohlene Verkaufspreis ist 199,- Euro.

Selber testen!

Möchten Sie wissen, wie sich das Samsung B2710 X-treme Edition im Polizeidienst bewährt? Schreiben Sie eine E-Mail an samsung.telecom@webershandwick.com, und überzeugen Sie sich 14 Tage von den Qualitäten des Outdoor-Handys.

SAMSUNG

TURN ON TOMORROW

21 Millionen Deutsche verbringen laut einer Studie des Bundesverbands Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM) ihre Zeit mit Computer- und Videospielen; davon wiederum 11 Millionen mit virtuellen Welten.

Internationale Forschungsergebnisse weisen bei den Nutzern von Online-Rollenspielen auf eine relativ junge und überwiegend männliche Nutzergruppe hin, wobei in den letzten Jahren ein Anstieg des Anteils der über 30-jährigen Nutzer zu verzeichnen ist.

sprechen, handeln und vieles mehr kann. Andererseits gibt ihm dieser aber auch die Möglichkeit, in eine andere Identifikationsrolle – mit einem entsprechend hohem Anonymisierungsgrad – zu schlüpfen.

Vergleichen könnte man diese virtuellen Welten mit Gesellschaftsspielen. So nutzen Spieler bei „Monopoly“ oder „Mensch ärgere dich nicht“ auch Spielfiguren, um mit den anderen Spielern auf einer grafischen Darstellung – dem Spielbrett – zu interagieren.

Gegenwärtig unterscheidet man zwei große Arten von bedeutenden virtuellen Welten. Die Metaversen – welche auch als Lebenssimulationen (engl. LifeSims) bezeichnet werden – und verschiedene Formen von Online- und Browserspielen – wobei hier die Online-Rollenspiele (im Englischen Massively Multiplayer Online Role-Playing Game – MMORPG) die bei weitem bedeutendsten darstellen.

Metaversen versuchen am ehesten, die menschliche Realität nachzubilden mit dem Ziel, dem Nutzer alle Interaktionen der realen Welt auch in der virtuellen Welt zu ermöglichen. Einige dieser Metaversen bauen beispielsweise ganze Städte realitätsgetreu nach, in denen sich die Nutzer bewegen können. Und noch mehr: die Nutzer können mit anderen Menschen, vertreten durch deren Avatare, kommunizieren, tanzen, handeln, heiraten aber auch z.B. virtuellen Sex haben. Die Betreiber versuchen dabei, die Vielseitigkeit des Lebens zu simulieren, wobei sie einen Schwerpunkt auf die soziale Interaktion legen, daher kommt auch der Begriff der Lebenssimulation.

Online-Spiele stellen eine besondere Form von Computer- und Videospielen dar. Computerspiele wurden bis vor kurzem fast ausschließlich offline, d.h.

ohne eine notwendige Verbindung mit dem Internet, vor dem Monitor oder dem Fernseher gespielt. Dabei trat und tritt der Spieler (Gamer) gegen den Computer an, um ein vorgegebenes Spielziel zu erfüllen. Bei einigen Spielen waren auch bereits rudimentäre Möglichkeiten enthalten, mit anderen Spielern zusammen zu spielen, z.B. an einem Fernseher über einen Splitscreen-Modus oder über eine Netzwerkverbindung. Die modernen Onlinegames haben eine Spielumgebung geschaffen, in der die Nutzer miteinander und gegeneinander spielen können. Computergesteuerte Figuren treten bei diesen Welten in den Hintergrund und haben nur eine den Rahmen bildende bzw. begleitende Funktion.

Eine zu finanzierende Sucht

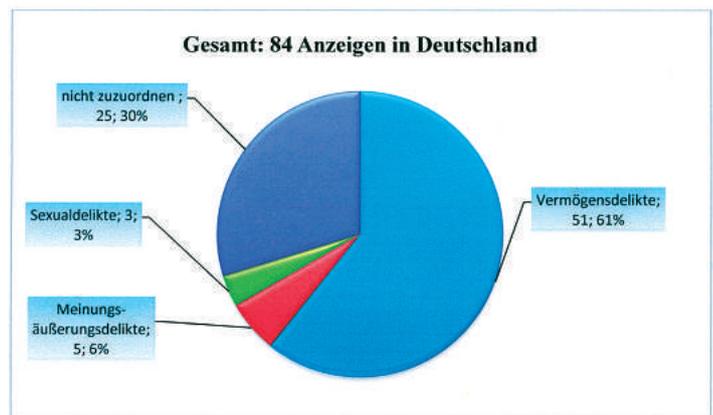
Bis vor kurzer Zeit war es umstritten, ob die Nutzung von Online-Spielen süchtig machen kann.

Eine groß angelegte Feldstudie des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen (KFN) im Jahr 2009 hat jedoch herausgearbeitet, dass von den Computerspielern bereits 2 bis 3 Prozent Grundzüge regulärer Suchterscheinungen – vergleichbar mit denen einer Drogensucht – aufweisen. Neben den klassischen Suchterscheinungen wie Schlafmangel, unkontrollierbares und zwanghaftes Nutzungsverhalten ist insbesondere der Aspekt der Finanzierung der virtuellen Welten durch die Nutzer von Interesse. Virtuelle Welten sind letztlich marktwirtschaftliche Produkte, die einen Gewinn erzielen sollen. Die Finanzierung wird dabei überwiegend durch zwei Modelle sichergestellt. Das erste basiert auf der Entrichtung einer festen monatlichen Gebühr. So bezahlt ein Spieler für die Nutzung von WoW gegenwärtig ca. 12 bis 15 Euro pro Monat.

Das zweite Modell erlaubt den Nutzern, die Welt kostenfrei zu besuchen. Für besondere oder einzigartige Gegenstände (im Szenegargon Items genannt) wie Kleidungsstücke, Schwerter, Möbelstücke, Animationen oder Zusatzinhalte (sog. Ad-

dons) verlangt der Hersteller jedoch Geld. Diese Modelle führen dazu, dass ein Nutzer mit fortschreitender Spieldauer immer mehr Geld in sein Hobby investiert, sodass der Account – also eine Art Online-Konto, auf denen jeweils alle Daten des Nutzers und seiner Avatare gespeichert werden – aus Sicht des jeweiligen Nutzers einen hohen finanziellen Gegenwert darstellt.

Prinzipiell ist der Besuch von virtuellen Welten kein preiswertes Hobby. Um die jeweiligen Welten flüssig und auch in einer guten Bildqualität darzustellen, wird ein leistungsstarker Computer und eine Hochgeschwindigkeitsinternetverbindung benötigt. Beides hat seinen Preis. Gerade junge oder finanziell schlechter gestellte Nutzer kommen hier schnell an den Rand ihrer Möglichkeiten. So erklären sich Schilderungen von Müttern, denen die 13-jährigen Söhne Geld aus den Handtaschen entwendeten, um es z.B. für den Erwerb von neuen Waffen in ihrem geliebten Online-Rollenspiel zu nutzen. Mit diesen Problemen gehen deutsche Eltern mittlerweile immer offensiver um. Hierzulande



Übersicht der in Deutschland angezeigten Delikte

haben sich bereits mehrere Selbsthilfevereinigungen gegen Computerspielsucht gegründet (u.a. die des aus den Medien bekannten Christoph Hirte). In Asien hat diese Problematik noch viel gravierendere Auswirkungen. Dort drängt die Nutzung virtueller Welten immer stärker andere Freizeitaktivitäten an den Rand und nimmt einen zentralen Platz in der jeweiligen Kultur (z.B. Südkorea) ein. Dies kann aktuelle Fälle erklären, in denen Eltern eher ihr virtuelles Kind pflegen und ihr eigenes dabei in der gemeinsamen Wohnung verhungern lassen (Südkorea 2010) oder in denen eine Mutter – wie in Florida 2010 geschehen – ihren Sohn erschlägt, weil dieser sie in ihrer Spielruhepause gestört hat.

Man kann diese Geschehnisse letztlich



als eine moderne Form der Begleit- und Beschaffungskriminalität definieren. Tatsächlich stellen sie dabei noch die verständlichsten kriminellen – jedoch bei weitem nicht häufigsten – Delikte im Zusammenhang mit virtuellen Welten dar.

Gamecrime und Metacrime – ein neuartiges Phänomen

Viel zahlreicher treten die unter den Begriffen Game- und Metacrime gefassten Vermögens-, Meinungsäußerungs- und Sexualdelikte im Zusammenhang mit virtuellen Welten auf. Unter Gamecrime versteht man alle abweichenden Handlungen die in einem Kontext mit Online-Spielen stehen. Metacrime bezeichnet alle strafrechtlich relevanten Handlungen, die im Umkehrschluss bei der Nutzung von Metaversen auftreten.

Auf der Grundlage einer von den Verfassern in Kooperation mit dem Institut für Kriminologische Sozialforschung an der Universität Hamburg initiierten Anfrage an die Innenministerien der Länder und des Bundes konnte im Jahr 2009 erstma-

lig eine Hellfelduntersuchung zu dieser Thematik vorgenommen werden. Im Ergebnis wurden für den Erhebungszeitraum deutschlandweit insgesamt 84 Anzeigen durch die 15 beantwortenden Behörden (nicht beteiligt waren das Saarland und der Bund) im Zusammenhang mit virtuellen Welten mitgeteilt.

In Auswertung dieser Erhebungen konnten alle bekannt gewordenen Sachverhalte in die drei Kategorien der Vermögens-, Meinungsäußerungs- und Sexualdelikte aufgegliedert werden, wobei man diese üblicherweise wieder in Delikte unterteilt, die in den jeweiligen Welten direkt (sog. Inworld-Delikte) geschahen oder von außen auf diese einwirkten (sog. Outworld-Delikte).

Zudem war es möglich, erste Aussagen zu dem vermuteten Dunkelfeld zu treffen. Diese basieren zum Einen auf einer Studie der European Network Internet Security Agency (ENISA) aus dem Jahre 2008 sowie auf einer mehrmonatigen, auf einer Fansseite des MMORPG Herr der Ringe Online erhobenen, nicht repräsentativen Umfrage. Weitere Indizien können u.a.

den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der jeweiligen Welten entnommen werden, die alle die Vorgehensweise von strafbaren Handlungen teilweise sehr detailliert schildern und verbieten. Auch Whitepapers und Sicherheitsberichte von Internetsicherheitsfirmen (u.a. Symantec, Microsoft und Kaspersky Labs), die regelmäßig Zahlen zur Verbreitung von Schadsoftware, die sich gegen virtuelle Welten richten, veröffentlichen, können wichtige Informationen entnommen werden. Demnach kann man insgesamt von einem deliktischen Dunkelfeld von 5 bis 7,5 Millionen Taten aus den Bereichen Vermögens-, Meinungsäußerungs- und Sexualdelikten jährlich ausgehen. Darunter zählen auch reine Versuchs- und Mehrfachdelikte, was u.a. die hohe Anzahl des Dunkelfeldes erklären kann.

Geld und Kriminalität regieren auch in virtuellen Welten!

Um ein Verständnis für die Begehung von Vermögensdelikten in virtuellen Welten zu erlangen, muss man zunächst

Polizei darf nicht zum Rammbock der Regierungspolitik gemacht werden

Ob im Wendland oder in Stuttgart: politische Fehlentscheidungen werden auf dem Rücken der Polizei ausgetragen. Damit droht eine weitere Aufspaltung der Gesellschaft. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sind ebenso Bürger unseres Landes. Sie als Rammböcke der eigenen Politik zu missbrauchen, ist schlichtweg ein Skandal.

Weitere Informationen unter www.linksfraktion.de

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

V.i.S.d.P. Ulrich Maurer



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen



Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach § 111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



versuchen, die Faszination zu verstehen, die der Besuch dieser auf viele Menschen ausübt. Sie verlieren sich in virtuellen Welten, können sich neu definieren und erfinden. Gerade in Online-Spielen darf



Beispiel für eine mögliche Neustrukturierung des Kriminalitätsverständnisses

der Aspekt des „Eingliedertseins“ in eine Spielgruppe bzw. der Spielcommunity als nicht zu gering eingeschätzt werden. Je länger Menschen diese Welten nutzen und je mehr sie sich mit ihren Avataren identifizieren, um so eher sind sie auch bereit, Gelder zu investieren. Dies geht sogar soweit, dass es im Netz sogenannte Powerlevelingservices gibt, die für Geld die Avatare der Nutzer auf den gewünschten Erfahrungslevel hochspielen.

Andere möchten in Second Life eventuell eine besondere Hose erwerben oder eine neuartige Frisur tragen, die den eigenen Avatar noch unverkennbarer macht. Wieder andere möchten bei Herr der Ringe Online einen besonderen Schild oder eine Waffe erhalten, um mit den stärkeren Freunden mithalten oder einfach nur angeben zu können. Diese Gegenstände kaufen die Nutzer dabei nicht ausschließlich bei den jeweiligen Herstellern, sondern sie werden auch untereinander getauscht und verkauft, wobei entweder mit einer spielinternen Währung oder mit „echtem“ Geld per Überweisung bezahlt wird. Die spielinterne Währung, meistens Gold oder im Falle von Second Life LindenDollar, kann auf einschlägigen Internetseiten (z.B. Lootfetch.com) gegen bares Geld eingetauscht werden. An diesem Punkt beginnt für etwaige Täter der eigentliche Wertschöpfungsprozess, da alle virtuellen Güter und Charaktere derer sie habhaft werden, gegen reale Gelder eingetauscht werden können.

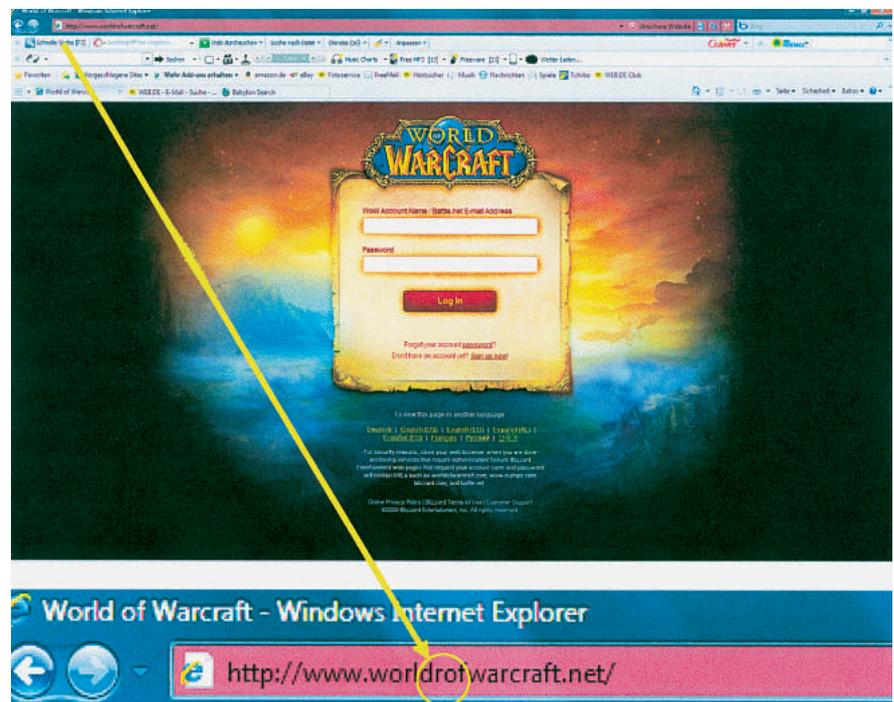
Sogenannte Outworld-Delikte stellen klassische Angriffe auf die Konto- und Nutzerdaten bzw. auf die Accounts (Konten) der Nutzer dar. Diese kann man am verständlichsten mit Angriffen auf Kre-

ditkarten und Onlinebanking-Systeme vergleichen. Das bedeutet, dass die Täter mit Hilfe von sogenannter Schadsoftware (Malware) wie z.B. Trojanern, Keyloggern oder Würmern versuchen, die Zugangsdaten zu den Accounts der Nutzer zu erlangen. Die Art und Weise, wie die Täter dabei die Programme auf die Rechner der Nutzer einschleusen, ist vielfältig und teilweise sehr kreativ. So werden speziell programmierte Gametrojaner z.B. in einem als nützlich offerierten Programm getarnt verpackt, bei einschlägigen Foren beworben, von den Nutzern heruntergeladen und installiert.

Auch beliebt ist das einfache Versenden als Anhang einer E-Mail. Typisch sind klassische Versuche, mit sogenannten Phishingemails, in denen die Täter sich in einer E-Mail als Betreiberfirma ausgeben, technische oder Sicherheitslücken in der Welt anprangern und dem Nutzer empfehlen, sich umgehend auf seinen Account einzuloggen, um den Fehler zu beheben oder die Sperrung seines Accounts

dort entweder die Zugangsdaten zu ändern oder diese weiterzuverkaufen.

Der üblichere Weg ist jedoch, dass sich der Täter mit den erlangten Daten einloggt, den Avatar des Opfers übernimmt und sich mit einem Komplizenavatar in der jeweiligen Welt trifft, um auf diesen alle Wertgegenstände zu übertragen. Diese Form der Angriffe auf die Accounts der Nutzer wird auch als Accounthacking bezeichnet. Nach einer aktuellen Untersuchung der Internetsicherheitsfirma Kaspersky Lab aus dem Jahr 2010 werden tagtäglich mindestens 16.000 Accounthacking-Angriffe mit Malware auf Accounts deutscher Nutzer von virtuellen Welten verzeichnet. Je nach Spieldauer des Opfers kann der Schaden durch einen Accounthacking-Angriff eine Schadenssumme von mehreren hundert bis zu mehreren tausend Euro ergeben. Eine Studie der taiwanesischen Polizei, welche im Zeitraum von 2002-2004 ca. 2.000 Game- und Metacrime-Delikte untersuchte, hat ergeben, dass der durchschnittliche Schaden ungefähr bei 500 US-



Beispiel einer Phishing-Seite für WOW

zu verhindern. Zu diesem Zwecke ist der jeweiligen E-Mail zumeist auch gleich der passende Link beigefügt, der den Nutzer zu täuschend echt aussehenden Anmeldeseiten der jeweiligen Welten transferiert. Alle Anmeldedaten die der Nutzer hier eingibt, werden bei den Tätern registriert und abgespeichert. Für diese ist es dann ein Leichtes, sich mit den erlangten Daten in den Account des Opfers einzuloggen und

Dollar liegt. Dementsprechend sind auch die Täter hoch motiviert.

Goldfarming moderne Lohnsklaverei

Eine andere Möglichkeit sind klassische Formen des Betruges von Tätern in den Welten selbst (Inworld-Delikte). Dabei muss man wissen, dass fast jede virtuelle



Welt den Nutzern die Möglichkeit bietet, untereinander Gegenstände und Gold zu transferieren. Gerade unerfahrene Nutzer werden gerne bei solchen Transaktionen über den Tisch gezogen. Beispielsweise, indem ein Spieler dem anderen verspricht, dessen Schwert zu verzaubern, um es wertvoller zu machen. Nach der Übergabe „verschwindet“ der „Anbieter“ oder in einem Tauschhandel wird gezielt über die Eigenschaft eines Gegenstandes getäuscht. Die so erlangten Gegenstände können anschließend behalten oder – wie schon beschrieben – auf einschlägigen Seiten bzw. an andere Spieler verkauft werden.

Dass mit dem Handel dieser Gegenstände ein großes Geschäft gemacht werden kann, haben im asiatischen Raum bereits zwielichtige Geschäftsleute erkannt. Von diesen werden junge Spieler in einer Form der modernen Lohnsklaverei in kleinen Räumen bis zu 12 Stunden am Stück in Schichtsystemen rund um die Uhr gezwungen, aktuelle virtuelle Welten zu besuchen, um gezielt Items oder Gold zu erspielen oder Avatare von zahlenden Kunden hochzuleveln. Diese neuartige Arbeitsform nennt man China- oder Goldfarming. Gegenwärtig wird an der Bristol Universität in England eine Studie erstellt, die untersucht, inwieweit das Goldfarming der organisierten Kriminalität als Erwerbsquelle dient und in welchem Umfang die Abläufe der virtuellen Wirtschaftskreisläufe für Geldwäsche genutzt werden.

Strafrechtslücke?

Die rechtliche Klassifizierung der beispielhaft aufgeführten Delikte gestaltet sich insgesamt schwierig, da das Fehlen nationaler Gerichtsurteile in Vermögensangelegenheiten momentan noch wenig Aussagen darüber zulässt, welche vermögensschädigenden Verhalten im Zusammenhang mit virtuellen Welten als Straftaten durch die deutschen Gerichte auch wirklich geahndet werden. International gibt es jedoch bereits Gerichtsurteile, die die rechtliche Situation von Vermögen in virtuellen Welten bewerten. So hat ein Gericht in Leuwerden, Niederlande, 2008 (Aktenzeichen 17/676123-07VEV) in seiner Urteilsverkündung festgelegt, dass virtuelle Güter nach niederländischem Recht als Vermögenswerte angesehen werden und somit nicht nur im Spiel sondern auch in der realen Welt einen Gegenwert haben. Im konkreten Fall hatten jugendliche Täter ihr Opfer durch Androhung und Anwendung von Gewalt gezwungen, ein wertvolles Amulett aus dem Spiel Runes of Magic zu übertragen.

Viele Spielefirmen untersagen ihren

Nutzern den zivilrechtlichen Handel mit virtuellen Gütern und Accounts für reales Geld. Der Erhalt eines Vermögenswertes ist allerdings de facto durch die Möglichkeit des Verkaufes von Gütern im Internet gegeben. Dieser Umstand lässt in vielen Fällen den Anfangsverdacht einer Straftat zumindest nahe liegen. Für eine kriminologische Betrachtung von Vermögensdelikten ist auch allein dieser für das Vorhandensein einer Straftat von Relevanz.

So gesehen kann das deutsche Recht – zumindest in Teilen – auf entsprechende Handlungen in virtuellen Welten angewendet werden. Der Nutzer, der seinem Mitspieler vortäuscht, dessen Schwert zu verzaubern, aber gar nicht vorhat, dies zu tun und mit dem Schwert verschwindet, könnte damit einen klassischen

Betrug im Sinne des § 263 StGB begangen haben. Die Prüfung des § 242 StGB scheidet hier offensichtlich wegen der fehlenden Sacheigenschaft des Schwertes (gemäß 90 BGB) aus. Im Rahmen der bundesweiten Erhebung konnte eruiert werden, dass die Länderpolizeien im Zusammenhang mit eingetretenen Vermögensschädigungen Anzeigen wegen Erpressung (§ 253 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Computerbetrug (§ 263 a StGB), Fälschung beweisheblicher Daten (§ 269 StGB), Täuschung im Rechtsverkehr bei Datenverarbeitung (§ 270 StGB) und Datenveränderung (§ 303 a StGB) aufgenommen haben.

Fazit

Die Vielseitigkeit menschlicher Interaktionsprozesse spiegelt sich letztlich auch in den Erscheinungsformen von Kriminalität im Rahmen der Nutzung virtueller Welten wider. Daher ist es naheliegend, dass auch fast alle Formen von sozial abweichendem Verhalten – soweit sie im virtuellen Bereich praktisch begangen werden können – ihre Widerspiegelung in diesen finden. So kommen in der relativen Anonymität der virtuellen Welten nicht nur Vermögensdelikte vor, sondern es werden tag-

täglich Beleidigungen und Bedrohungen ausgesprochen bzw. niedergeschrieben, Nötigungen begangen, Verbrechen ange droht oder Volksverhetzungen geäußert. Darüber hinaus gab es im Jahr 2007 kinderpornografische Sachverhalte, in denen bei Second Life Kinderavatare virtuellen Sex mit erwachsenen Avataren hatten (sog. Ageplay).

Dieser erste Ausblick in die Welt der



Szene aus der Internet-Welt „Second Life“ mit zwei kämpfenden Avataren.

Foto: Linden Research/dpa

virtuellen Realitäten soll zeigen, dass sozial abweichendes Verhalten – bis hin zur Kriminalität – auch bei der Nutzung dieser Fantasiewelten auftreten kann. Die Erforschung dieser Phänomene befindet sich noch in den Anfängen. Sie ist jedoch dringend geboten und darf nicht in die Ecke der Spinnerei gedrängt werden, da es Realität ist, dass eine sehr große Anzahl von Menschen in Deutschland viel Geld und vor allem viel Zeit in diesen Welten verbringt. Diese Menschen haben einen Anspruch darauf, dass sich seriös und rechtssicher mit abweichenden Handlungen in diesen beschäftigt wird und der Staat seinen Recht durchsetzungsanspruch nicht an zivile Betreiber und marktwirtschaftlich orientierte Internetsicherheitsfirmen verliert. Auch der vereinfachte Gedanke, dass die Täter und Opfer an den Computern, solange sie an diesen sitzen, keine schwereren Straftaten verüben können, hat sicherlich einen wahren Kern, würde in aller Konsequenz jedoch zu einem nicht gewollten Rückzug des Staates aus dem beschriebenen Phänomenbereich führen.

Thomas-Gabriel Rüdiger, M.A.
Cindy Krebs, M.A.,



Wird virtuelle Schuld real?

Sie befassen sich in Ihrer Masterarbeit mit Straftaten im Zusammenhang mit virtuellen Welten – speziell mit Online-Spielen und sogenannten Lebenssimulationen. Wie relevant schätzen Sie das Thema ein?

Wir schätzen dieses Themenfeld als hoch relevant ein. Bedenken Sie allein die immense Anzahl von Menschen, die tagtäglich Zeit und Geld in virtuelle Welten investieren. Aus polizeilicher und kriminalpolitischer Sicht wird die Thematik gegenwärtig – vor dem Hintergrund schwerer Gewalttaten und Jugendkriminalität sicherlich auch verständlich – nicht prioritär behandelt. Bei neuen Kriminalitätsformen – insbesondere solchen, die auf neuer Technologie basieren – ist dies jedoch nicht ungewöhnlich. Vielleicht ist es vergleichbar mit dem Phänomen des Stromdiebstahls Anfang des 19. Jahrhunderts. Jeder hat damals wahrscheinlich angenommen, dass es sich wegen des entstandenen finanziellen Schadens um eine Straftat handeln müsse. Dennoch fand diese Handlung zunächst keine Entsprechung in dem seinerzeit geltenden Strafgesetzbuch. Gegenwärtig erscheint allerdings nur die strafrechtliche Qualifizierung von Vermögensdelikten in virtuellen Welten wirklich problematisch. Wenn ein Gericht in Deutschland erst einmal feststellen sollte, dass virtuelle Güter Vermögen darstellen, dann sind auch alle anderen vermögensrechtlichen Straftaten in virtuellen Welten zu ahnden. In allen übrigen Fällen (z.B. Accounthacking, Phishing-E-Mails, Nutzung von Schadsoftware) haben deutsche Gerichte mit den Computertat-

beständen (§§ 263 a, 269, 270, 303 a StGB) durchaus geeignete Mittel für eine strafrechtliche Sanktion an der Hand.

Als klassischen rechtsfreien Raum möchten wir virtuelle Welten nicht per se definieren, denn die bekannt gewordenen Anzeigen zeigen ja gerade, dass der Rechtsstaat zumindest für einen geringen Prozentsatz der Nutzer als eine Lösung angesehen wird. Allerdings scheinen die Täter überwiegend zu meinen, dass es sich bei virtuellen Welten um rechtsfreie Räume handelt. So haben unsere Untersuchungen ergeben, dass bei dem Verlust von Items etwa 10 Prozent der Nutzer bereit wären, die Strafverfolgungsbehörden einzuschalten. Bei Meinungsäußerungen würden dies nur 5 Prozent der Befragten in Erwägung ziehen. Interessant dabei ist, dass die Betreiber von virtuellen Welten am ehesten als Kontrollinstanz anerkannt werden. Viele Betreiber setzen sogenannte Gamemaster, die als eine Art Schiedsrichter fungieren, in ihren Welten ein. Sie kontrollieren die Einhaltung der von den Betreibern vorgegebenen Regeln bzw. die AGB der jeweiligen Welt. Die Regeln sind bei fast allen Betreibern identisch und ähneln in großen Zügen unseren Strafgesetzen. So sind z.B. Beleidigungen untersagt, ebenso das Hacking von Accounts oder das Entwenden von virtuellen Gütern. Hier verschenkt der Staat sicherlich Potential, denn wenn die Nutzer von virtuellen Welten kein Vertrauen in den Rechtsstaat im virtuellen Bereich entwickeln, kann es dazu führen, dass sich dieses Vertrauen auch in der Realität mindert.



Cindy Krebs,
Polizeibeamtin aus
Brandenburg

Heißt das, die Kriminalitätsbetrachtung bedarf künftig einer Erweiterung?

Aus unserer Sicht heißt es das, ja. Wir plädieren vor allem dafür, dass sich das heutige Verständnis bzw. der Blick auf Kriminalität den neuen Gegebenheiten anpassen sollte. Früher gab es nur Kriminalität, die in der Realität begangen werden konnte (Realform). Heute gibt es allerdings Kriminalität die sowohl in der Realität als auch in virtuellen Welten begangen werden kann

(Mischform) oder solche, die nur in der virtuellen Welt begangen werden kann (Virtualform). Genau diese Aufteilung müsste aus unserer Sicht erfolgen. Entscheidend ist dabei, dass die Kriminologie in diesem Rahmen die Chance hat, alle bisherigen Ansätze und Theorien zur Kriminalität auf die Sinnhaftigkeit in virtuellen Welten hin zu überprüfen.

Würde das in der Kriminologie neue Ansätze erfordern?

Wir sehen die Chance, neue Ansätze für das Verständnis von Kriminalität frei von bisherigen Vorstellungen zu entwickeln. Virtuelle Welten bieten die Möglichkeit, abweichendes Verhalten von sehr vielen Menschen aus gänzlich unterschiedlichen Regionen und Kulturen relativ komfortabel an einem Computer beobachten und studieren zu können. Dies wiederum kann gänzlich neue Einblicke in das Entstehen von abweichendem Verhalten, in Reaktionsmuster von Betroffenen und Tätern, aber auch in Gegenreaktionen von Kontrollinstitutionen in den Welten, wie z.B. die durch die Betreiber gestellten Gamemaster, ermöglichen. Wir gehen auch davon aus, dass eine intensive Untersuchung dieser Mechanismen uns neue Ansätze für Präventions- und Repressionsstrategien liefern können.



Thomas-Gabriel Rüdiger,
Polizeibeamter
aus Brandenburg

Gibt es hinsichtlich neuer Präventionsformen bereits Überlegungen?

In Deutschland beschäftigen sich einige Bundesländer, die in der Vergangenheit mehrere entsprechende Vorfälle verzeichnet haben, gezielt mit Präventionsansätzen in virtuellen Welten – vornehmlich den MMORPG's. Primär und überwiegend wird dabei auf Aufklärungsarbeit gesetzt, z.B. in Form von Broschüren. Auch gab es bereits 2009 ein sehr interessantes Symposium an der Universität in Heidelberg, das sich mit Aspekten von Kriminalität in virtuellen Welten beschäftigt hat. Vermutlich aufgrund des relativ geringen Hellfeldes hat man dem Thema insgesamt in Deutschland jedoch noch nicht sehr viel Aufmerksamkeit gewidmet. Anders sieht es im internationalen Bereich aus. So hat die Polizei im



Mehr zum Thema haben die beiden Polizeibeamten und Kriminologen in ihrem Buch „Gamecrime und Metacrime – Strafrechtlich relevante Handlungen im Zusammenhang mit virtuellen Welten“, Verlag für Polizeiwissenschaften, veröffentlicht. ISBN 978-3-86676-147-6.

Hat sich aus Ihrer Sicht in den beschriebenen virtuellen Welten ein rechtsfreier Raum begonnen zu entwickeln?



KRIMINALITÄT

kanadischen Vancouver bereits 2007 eine virtuelle Polizeiwache in Second Life eingerichtet. Zwar dient diese primär der Rekrutierung zukünftiger Polizeibeamten, jedoch würden die Cybercops auch zur virtuellen Anzeigenaufnahme und als Ansprechpartner – sozusagen präventiv – zur Verfügung stehen. In den Vereinigten Staaten geht das Engagement sogar soweit, dass Sicherheitsbehörden in Projektstrukturen die Nutzung von virtuellen Welten durch Terroristen und die organisierte Kriminalität z.B. im Rahmen der Kommunikation und der Geldwäsche untersuchen.

Letztlich zeigt sich, dass etwas in Bewegung gekommen ist, ein Bedarf in dieser Richtung scheint vorhanden. Deshalb freut es uns, dass die Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg dieses Thema bereits in die Ausbildung des Polizeivollzugsdienstes in Form von Lehrveranstaltungen

integriert hat, welche von uns in Kooperation mit der Fachhochschule erarbeitet und durchgeführt werden. Ziel soll es dabei u.a. sein, künftige Beamtinnen und Beamte für Delikte im Zusammenhang mit virtuellen Welten zu sensibilisieren.

Haben Sie weitere Mitstreiter, die das Thema voranbringen?

Wir haben Kontakte zu deutschen und ausländischen Universitätsprofessoren, deren Themenschwerpunkte zum Beispiel im Bereich der Internetdevianz liegen. Ebenfalls stehen wir in Kontakt mit einigen Ansprechpartnern von Internetsicherheitsfirmen sowie Schwerpunktjuristen für Internetkriminalität. Noch nicht geglückt ist uns die Einblicknahme in die Arbeit von Betreibern virtueller Welten, insbesondere in deren Kontrollmechanismen. Die Betreiber sind da eher zurückhaltend bei den

Auskünften bzw. der Zusammenarbeit in diesem Bereich.

Wie werden Sie das Thema weiter verfolgen?

Wir sind gegenwärtig in den fortgeschrittenen Planungsphasen für weitere Forschungsvorhaben. Vermutlich werden wir uns einer Analyse und eines Vergleiches der Reaktionsformen auf sozial abweichendes Verhalten in virtuellen Welten widmen, um ggf. Ansätze für die Entwicklung von Präventions- und Repressionskonzepten zu formulieren. Wir stehen selbstverständlich für Gespräche und Rückfragen für an dem Thema Interessierte unter der E-Mail-Adresse gamecrime@gmx.de gerne zur Verfügung. Auch würden wir uns über eine Mitteilung freuen, wenn jemand Kontakte zu Betreibern von virtuellen Welten hat.

Das Gespräch führte Marion Tetzner

Reise & Erholung

Mittlerer Schwarzwald
Exkl. eingerichtete Komfort-Fewos, 50–90 m², für 2–6 Pers., ab **35 €**/Tag, (Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unserem Schwarzwaldtal viele interessante Ausflugsmöglichkeiten (z. B. Europapark, Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Triberger Wasserfälle) in nächster Umgebung und **Natur pur**. Hausprospekt unter Tel. 0 78 23 / 9 65 65, Fax 9 65 66 www.mittelschwarzwald.de Sie werden begeistert sein!

Franken, bei Bamberg, walddreiche Gegend, Lift, Angeln, eigene Metzgerei, Menüwahl, 75 Betten, DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 134,- €. Zur Sonne, 96126 Pfaffendorf, Tel. 0 95 35/2 41, Prospekt

Ostsee
Exkl. FeWo. in neuem Haus in Sierksdorf, 60–90 m², EBK, direkte Strandlage, Seeblick, Hansapark, auch f. Gruppen. Erm. Kollegenpreise. Tel.: **0 45 63/70 21**, Fax: **0 45 63/70 22** jochen.lipke@online.de

Ferienhaus in Mittelschweden, schwedisches Holzhaus, 60 m², 40 km nördl. des Vätternsees. Ausst.: Waschma./TR., Gefrierschrank, Sat-TV, Angeln, Boot, Naturfreibäder. Preis 300 €/Woche. Tel.: **0 41 54/55 52 0**. www.ferienhaus-schweden-koennecke.de

BERLIN – Komf. FeWo in 2-Fam.-Haus bis 5 Pers. – Tel.: **0 30/6 61 30 82** www.fewo-feind.de

Bayerischer Wald, komf. FeWo**** v. Kollegen ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax: 0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

Familienurlaub an der Nordsee Familienfreundliches Feriendoppelhaus mit FEWO in Strandnähe zu vermieten. www.Friedrichskoog-ist-Spitze.de Tel. 0 48 26 / 29 66 oder 29 51

Sommer Abenteuer bei uns

TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour, 1x grillen am Lagerfeuer und 2 ÜF / Pension DU-WC
Preis pro Person ab **€ 154,-**

wasser-craft
rafting canyoning ötztal

www.rafting-oetztal.at / office@rafting-oetztal.at / Tel.: **0043 5252 6721**

Bayerischer/Oberpfälzer Wald
Exkl. FeWo ab 30 Euro/Tag, Tel.: 0 99 72/15 60 www.ferienwohnung-gruber.de

Nordseeküste/Neßmersiel
Top-Fehs/FeWo am Meer!
0 23 92/6 41 05, www.Nordseewoge.de

CanKick

Action Abenteuer prickelnd anders

Top Angebot:
Rafting & Canyoning,
Grillplatte & Foto-CD
2 ÜF / Pension DU-WC,
pro Person nur **€ 140,00**

www.cankick.at
info@cankick.at
Mob.: +43 (0)664 155 26 81

TIROL: „Wintertraum“ SEE-ISCHGL
Urgemütliches, freundliches u. sehr komfortables Hotel Garni (FW u. Komfortzimmer) lädt zum Verweilen ein.
Schöne Aufenthaltsräume, Tagesbar, Sauna, Softbad, Infrarotkabine, Solarium, Hobbyraum, Massagen usw. machen Sie fit für den nächsten Wintertag.
Eines der schönsten Skigebiete der Alpen mit über 360 Pistenkilometern verlangt Ihnen alles ab.
Längste Naturrodelbahn Tirols, Winterwanderweg, Schneeschuhwandern, Langlaufen uvm.
Gemeinsamer Skipass mit Ischgl, Samnaun, Galtür, Kappl u. See.
Pauschalangebote inkl. Unterkunft u. Skipaß, stark ermäßigte Preise f. Kollegen u. Familien!
Info: Hotel Garni BERGWELT, A-6553 See 19
Tel.: **00 43-54 41-83 97**, Fax: **8397-19**
E-Mail: bergwelt@aon.at,
Homepage: www.bergwelt-see.at

Attraktive Ferienwohnung im Mondi Ferienclub, mit allen Clubvorteilen, im Zeitraum vom 05. 03. 2011 bis 19. 03. 2011 oder auch Einzelwoche für 200 € pP und Woche, in der Nähe Bad Ischl/Österreich, im Skigebiet Taubitz/Loser. Maximale Belegung 2 Erw. 1 Kind, vermietet H. Rohde 0 33 71/61 06 94.

Berlin-Mitte, FeWo bis 5 P., 2 Schlafz., Wohnz. mit Balkon, TV, Küche, Bad, S- u. U-Bahn-Nähe. Ab 45 €/Tag. Tel. 030/4026693

Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf CZ/PL-Grenze, Ferienchalet Heidehof, Zollkollege bietet komf. Fewos für 2–6 Pers. in schöner Jugendstiltvilla, Fahrradverleih
Fam. Zein, Tel.: 0358 44/727 23 www.heidehof-jonsdorf.de

Insel Fehmarn, FeWo, strandnah!
Telefon 0 56 71/12 41 · www.Fehmarn-Entspannen.de

Seychellen
Kl. private Ferienanlagen für Kollegen mit Kollegentarifen ab € 60 p. P.
Tel. 0 21 58/4 01 82 91
www.inseln-im-indischen-ozean.de

Insel Rügen, 4 familienfreundliche Fewos, 2 x 86 m², je 3 Zi., 2 Bäder, 2–7 Personen, 1 x barrierefrei für Rollstuhl geeignet, 1 x 45 m², 3 Zi. & 54 m², 2 Zi. 2–4 Personen. Kostenl. Kinderausstattung, Kinderwagen, Sonnenterrassen, gr. Garten mit Spielplatz.
Tel. 03 83 02-8 85 11, www.fewo-blume.de

Büsum – Nordseeküste
gemütliche, ruhige FeWo, Strandnähe.
Tel. **04825/8505**

Fehmarn/Ostsee
2-Raum-FeWo. für 4 Pers., am Südstrand, 50 m z. Promenade, Kabel-TV
Preise gem. Saison
Telefon: **040/6784581**
www.fehmarn4family.de



Kippt Sachsens Sicherheit?

Hagen Husgen ist seit September 2010 Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Sachsen. Gleich zu Beginn seiner neuen Laufbahn muss sich die sächsische GdP mit dem Projekt „Polizei.Sachsen.2020“ auseinandersetzen. In der Einleitung dieses Papiers ist davon die Rede, dass Sachsen eines der sichersten Bundesländer sei. Wenn man es zu Ende gelesen hat, kommen Zweifel auf, ob das so bleibt. Der Zenit respektabler Polizeiarbeit scheint überschritten. Marion Tetzner sprach mit dem sächsischen GdP-Vorsitzenden über das Projekt und die Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Einflussnahme. Möglich, dass andere Länder Parallelen erkennen.

Hagen, wie bewertest Du die derzeitige Aufstellung der sächsischen Polizei und die Stimmung unter den Polizeibeschäftigten?

Schon seit Jahren leben auch wir in Sachsen mit einem ständigen Personalabbau. Dadurch stoßen die Kolleginnen und Kollegen in den einzelnen Dienststellen langsam an ihre Grenzen – sowohl personal- als auch kräftemäßig. Dies spiegelt sich natürlich auch in der Stimmung der stark Betroffenen wieder. Ist ja auch kein Wunder: Die gleiche Arbeitsbelastung bleibt an immer weniger Personal hängen. Die Folgen: Überlastung, Krankheit, noch weniger Personal – ein Rattenschwanz ohne Ende. Dennoch stellt sich das Gros den Aufgaben und leistet hervorragende Arbeit, so dass von der Bevölkerung, also nach außen bisher nicht allzu viel von den Widrigkeiten zu bemerken ist. Dafür gebührt allen höchste Anerkennung und Dank. Stattdessen werden sie aus Überlegungen zur eigenen Zukunft ausgeklammert, mit weiteren Aufgaben zusätzlich belastet und bekommen Zuwendungen gestrichen.

Am 8. November 2010 wurde durch den sächsischen Innenminister und dem Landespolizeipräsidenten das Diskussionspapier „Polizei.Sachsen.2020“ vorgestellt. Welche Überlegungen darin sind aus Deiner Sicht vernünftig und welche eher destruktiv?

Vernünftig ist die Absicht, dass die Polizei weiterhin bürgernah und gemeinwesenorientiert bleiben soll und dass sie sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren sollte. Vernünftig ist auch, dass die bisherigen Stärken für den Streifendienst und die Bereitschaftspolizei beizubehalten sind. Gut wäre auch, wenn tatsächlich Basisdienststellen gebildet würden, die angemessene Interventionszeiten und die notwendige Präsenz vor Ort gewährleisten.

Um diese Vorhaben umzusetzen, bedarf es jedoch einer tiefgreifenden Auf-

gabenanalyse, die wir bisher vermissen. Dadurch kommt es zu diesen destruktiven Schnellschüssen im Diskussionspapier mit dem einzigen Ziel, irgendwie die Zahlen des Stellenabbaus zu erreichen. Ich denke da beispielsweise an

solche Ideen, die Prävention um 75 Prozent zu kürzen, an Ideen der Privatisierung oder Fremdvergabe von Aufgaben, deren Erfüllung nicht zuletzt aus sicherheitsrelevanten Gesichtspunkten unbedingt in der Polizei verbleiben sollte. Die Meinungen vieler unserer Kolleginnen und Kollegen zeigen, dass hier nachgebessert werden muss.

30 Prozent des bisher in Führung-, Stabs- und Verwaltungsfunktionen eingesetzten Personals soll reduziert werden sowie derartige Aufgaben soweit wie möglich zentralisiert bzw. gebündelt werden. Ist aus Deiner Sicht der vorgeschlagene Stellenabbau gerechtfertigt?

Ein ganz klares Nein! Unabhängig davon, an welcher Stelle abgebaut wird.

Die Argumente für den Stellenabbau laufen insgesamt ins Leere. Es wird versucht, den Stellenabbau damit zu rechtfertigen, dass im Freistaat Sachsen die Polizeidichte im Vergleich zu den westlichen Flächenländern viel zu hoch sei, dass die Kriminalität sinke und dass die Bevölkerung in den nächsten Jahren zahlenmäßig abnehmen werde. Argumente, die so nicht stimmen. Der Vergleich mit anderen Bundesländern hinkt. Die Spezifik eines jeden Landes ist anders. Beispielsweise haben



**Hagen Husgen,
Vorsitzender der
GdP Sachsen**

wir als Grenzland zu Polen und Tschechien ganz besondere Anforderungen. Außerdem wurden Vergleichszahlen aus anderen Ländern herangezogen, die nicht aussagekräftig sind.

Zum bisherigen Sinken der Kriminalität in Sachsen kann ich nur darauf verweisen, sich auch mal das Jahr 2010 anzuschauen; da sieht es schon wieder ganz anders aus. Außerdem wollen wir eine bürgernahe Polizei bleiben – also eine Polizei die nah am Bürger ist. Egal, ob es sich dabei um 4 Millionen oder 3,7 Millionen handelt, die Wege bleiben die gleichen!

Welche Maßnahmen wären aus Deiner Sicht notwendig?

„Wären“ ist das richtige Wort. Denn der Stellenabbau ist beschlossen. Zwar hatten wir als GdP mit einer eindrucksvollen Unterschriftensammlungen auch den Unmut der Bevölkerung dokumentieren können, aber ohne eine klare Unterstützung der Verantwortlichen, die ein deutliches Veto einlegen, beim Finanzminister mit der Faust auf den Tisch klopfen und Courage hätten zeigen müssen, war die Gegenseite zu stark. Nun gilt es, einen weiteren Stellenabbau, der sich später anschließen soll, zu verhindern. Im Zusammenhang mit dem nächsten Doppelhaushalt 2013/2014 werden wir mit Fakten nachweisen, dass jede einzelne Stelle in der Polizei notwendig ist. Wir werden durch belastbare Zahlen aufzeigen, dass der Stellenabbau für alle, sowohl für die Beschäftigten in der Polizei als auch für die Bürgerinnen und Bürger, unzumutbar ist, dass diese Personalpolitik dazu führt, den so hoch gelobten vorderen Platz bezüglich der Sicherheit der Länder einzubüßen. Die Sicherheit im Freistaat muss das Handeln und Entscheiden dirigieren, nicht die Finanzpolitik. Wir werden darauf drängen, dass festzulegende Hilfsfristen eingehalten werden, so dass sich die Polizei nicht gänzlich aus der Fläche verabschiedet. Denn das ist eine große und auch berechtigte Sorge, die schon jetzt von den Bürgermeistern der verschiedensten Städte, die voraussichtlich „ihr“ Polizeirevier einbüßen werden, geäußert wird.

Die Sächsische Staatsregierung hat die Sonderzahlung ersatzlos gestrichen. Was bedeutet das konkret? Was werdet Ihr dagegen unternehmen?

Bereits im Dezember 2010 wurde beschlossen, ab 2011 keine Sonderzahlung mehr für die Beamtinnen und Beamten zu zahlen. Die Aktionen der GdP in Sach-



sen, aber auch aller anderen Gewerkschaften im DGB, wurden mit einer Arroganz ignoriert, die seinesgleichen sucht. Die im Vorfeld stattgefundenen Gespräche mit den regierenden Parteien waren diesbezüglich enttäuschend. Es wird einfach nicht wahrgenommen, dass die Streichung der Sonderzahlung für die Beamtinnen und Beamten eine bis zu vierprozentige Besoldungskürzung bedeutet, die nicht so ohne Weiteres weggesteckt werden kann. So viel zu den Dankeshymnen unserer Politiker auf die Leistungen der Polizei. Angemessene Bezahlung und



Am Rande der 25. Sitzung des Sächsischen Landtages hat die GdP Sachsen am 14. Dezember 2010 dem Landtagspräsidenten Matthias Röbler (l.) rund 13.000 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern des Freistaates Sachsen überreicht, die damit den Kampf der GdP Sachsen gegen den Stellenabbau bei der sächsischen Polizei und gegen die Verschlechterung der persönlichen Rahmenbedingungen der Polizeibeamtinnen und -beamten unterstützten. Foto: Dressler

Leistungsanerkennung sieht anders aus. Das werden wir aber nicht hinnehmen. In einer Karikatur stellen wir die „Diebe“

bereits an den Pranger und versprechen ihnen, vor Gericht für Gerechtigkeit zu sorgen. Wir werden klagen.

Wie war und sind der GdP-Landesbezirk Sachsen und die Personalvertretungen in den weiteren Prozess um das Projekt einbezogen?

Bisher hat man uns in diesem so wichtigen Prozess nur äußerst sparsam beteiligt. Das Diskussionspapier beispielsweise haben wir erst zur Pressekonferenz in die Hand bekommen. Es ist beschämend, dass die meisten unserer Kolleginnen und Kollegen über die Presse erfahren müssen, welche Veränderungen angedacht sind.

Für den weiteren Prozess fordern wir eine tatsächliche Beteiligung, so wie sie uns nach unserer deutlichen Kritik zugesichert wurde. Wir fordern die Bereitstellung der vollständigen Informationen, die Grundlage für die geplanten Veränderungen sein sollen. Im Übrigen sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass in solchen Situationen die Erfahrung, die Kompetenz und die Weitsichtigkeit der Basis abgeschöpft werden.

Das Gespräch führte Marion Tetzner

CASTOREINSATZ 2010

Nachbereitung – Bundesweites Personalrätetreffen –

Auf Einladung des Polizeihautpersonalrates Niedersachsen und auch auf Vorschlag des GdP-Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei, fand am 19.1.2011 bei der PD Lüneburg, in Anwesenheit der Einsatzverantwortlichen, mit allen Personalräten der Länder und des Bundes eine kritische Nachbetrachtung des Castoreinsatzes 2010 statt. Einig waren sich die Personalratsvertreter, dass die politische Entscheidung der Bundesregierung, die Laufzeiten für Atomkraftwerke zu verlängern, der Auslöser für den starken Zulauf von Demonstranten war.

Großes Lob gab es für die Objektbetreuer und für die Versorger in den Unterkünften, starke Kritik äußerten die Personalräte aber an der Einsatzzeit, an der unsozialen Abgeltung der „Ruhezeiten“ sowie an der mehr als mangelhaften Ver- und Entsorgung an Brennpunkten, insbesondere bei den nachgeforderten Kräften und bei unabsehbaren Ortswechseln. Wenn, wie geschehen, Kollegen und



Personalrätetreffen in Lüneburg

Foto: Ralf Hermes

insbesondere Kolleginnen ihre Notdurft auf freiem Feld verrichten müssen, so sei das würdelos und wenn Kolleginnen und Kollegen viel zu lange ohne Verpflegung, Versorgung und ohne Ruhephase im Einsatz sind, so sei das nicht zu akzeptieren,

so die Personalräte. Dienstlich wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich in Hinblick auf zukünftige Castortransporte mit den festgestellten Kritikpunkten beschäftigt und Verbesserungsvorschläge erarbeiten soll. **DS**





POLIZEI Teddy

Bekleidet mit grüner Stoffhose und schwarzer Polizeilederjacke. Auf der Rückseite die weiße Aufschrift „POLIZEI“.

Sympathieträger der GdP.
Höhe mit Mütze ca. 29 cm.

Geeignet für Kinder ab 3 Jahren.

02-0680

9,95 €

Schlüsselanhänger POLIZEI Teddy

Der Schlüsselanhänger hat alles, was der Große auch hat, zusätzlich noch einen Schlüsselring mit kurzer Kette zum Befestigen.

Sympathieträger der GdP.
Höhe mit Mütze ca. 12,5 cm.

Geeignet für Kinder ab 3 Jahren.

02-0681

3,95 €



Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Lieferung erfolgt auf Rechnung! **Ihre Bestellung richten Sie bitte an die:**

Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -165 • E-Mail: osg.werbemittel@gdp-online.de • www.osg-werbemittel.de

Mit der GdP durch Berge und Wüste

Es gibt – auch mit der GdP – verschiedene Möglichkeiten, Israel, diesen einzigartigen Schmelztiegel der Kulturen, der Geschichte und der Konflikte, zu besuchen. Und natürlich verschiedene Schwerpunkte: von reinen „Bibel-Trips“ bis zu politischen Programmen. Seit fast 15 Jahren organisiert der Bezirk Bundespolizei sehr erfolgreich staatspolitische Bildungsreisen der „klassischen Art“ für Bundes- und Landespolizisten und Finanzpolizisten vom Zoll. Der stellvertretende Bezirksvorsitzende, Sven Hüber, nutzt dafür seine vielen Kontakte nach Israel, auch aus seiner Mitarbeit in der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Hier sein Bericht von der letzten Reise im November 2011.

Bei jedem Tritt knirscht das Felsgeröll unter den Füßen und Steine rutschen ab. Seit zwei Stunden steigen wir im militärischen Sperrgebiet zwischen Israel, Syrien und dem Libanon den Mount Hermon herauf, die höchste Erhebung des Golan. Schon vor Sonnenaufgang sind wir aus unseren Zelten am See Genezareth

Israel genießen, bevor es weiter geht, auf den Gipfel. Aus weit über 2.000 Meter Höhe kann man bis Damaskus sehen und – mit den israelischen Überwachungsanlagen – sehr gut hören. „Wir hören von hier oben, wann der syrische Präsident auf die Toilette geht“, scherzt Shimon. „Man muss einmal auf dem Golan gestanden

onsmöglichkeiten an.

Der November 2010 aber, als die Hitze schon vorbei und das Wetter trotzdem zwanzig Grad wärmer als in Deutschland war, sollte mit einer Premiere im GdP-Bildungsangebot starten. Wir wollten uns Israel anders erschließen als auf die herkömmliche Art und ein spezielles Angebot für die aktiveren (d.h. in der Regel auch jüngeren) Kolleginnen und Kollegen machen. „Man muss dieses Land nicht nur mit dem Kopf erfassen wollen, sondern mit allen Sinnen auf sich wirken lassen, um ein Verhältnis zu entwickeln“, sagt Sven Hüber.

Dreißig junge Kolleginnen und Kollegen von Bund, Ländern und Zoll hatten es auf die Liste der Teilnehmer geschafft und für eine Woche das heimische Bett mit dem „Zwei-Milionen-Sterne-Hotel“



Durch das Wadi Arugot

gekrabbelte, das eingeteilte Frühstücksteam um Hannah und Dan hatte Kaffee und kleine Snacks für unterwegs gemacht. Richtiges Frühstück soll es erst oben, auf dem Berg geben. Shimon, unser Führer von der Ski-Einheit der israelischen Armee, schaut sich um und ordnet eine kleine Pause an, damit die Gruppe wieder aufschließen kann. Kurz auf einem Felsen verschnaufen, die Wasserflasche ansetzen und den grandiosen Blick auf das Land



Auf dem Gipfel des Mount Hermon

und über das ganze Land geschaut haben, um zu begreifen, warum die Sicherheit der Menschen in Israel auch an diesem spärlich besiedelten Stück Land hängt“, meint Yalon, der nach seiner Zeit beim BGS in Schwarzenbeck vor über zwanzig Jahren nach Israel kam. Seit Jahren betreut er GdP-Gruppen, die Sven Hüber für Polizisten und Zöllner auf die Beine stellt. „Wer für die innere Sicherheit in Deutschland sorgt, braucht auch gute staatspolitische Kenntnisse über Israel, das Judentum und den Nahost-Konflikt.“ Deshalb bietet die GdP solche Informati-

mit Schlafsack und Matte getauscht. Einige kamen direkt vom Castor-Transport zum Flughafen. Das Zusammensein in so einer Outdoor-Gruppe an einem der aufregendsten Plätze der Welt ist ein ganz besonderes Erlebnis. Am Lagerfeuer Informationen über die Geschichte Israels, den Konflikt mit den Palästinensern, die Lebensumstände der Menschen zu bekommen und zugleich dort zu sein, ist einprägsamer als ein Seminarraum.

Shimon hat uns inzwischen auf den Gipfel geführt. Hannah, die gute israel-





microdrones GmbH

Keiner kann die Augen überall haben?

Doch. Sie schon.

Mit der md4-1000 von microdrones!

Ausgestattet mit Bild-, Video- und Sensorsystemen ist die md4-1000 das elektronische Auge der Zukunft. Eine Flughöhe von bis zu 1000 Metern, eine Nutzlast von 1200 Gramm, eine Flugzeit von bis zu 70 Minuten, Geräuscharmheit und Bedienerfreundlichkeit markieren diese neue Dimension des Fluggerätebaus.

Schneller, höher, länger sind Kern-Attribute der md4-1000. Entwickelt für höchste Ansprüche in Koordination, Aufklärung, Dokumentation, Erkundung, Vermessung, Inspektion und Observation bietet die md4-1000 während und nach dem Flug permanenten Datenzugriff.

Ausgerüstet mit hochauflösenden Foto- und Videokameras, leichtgewichtigen Tageslicht-, Dämmerungs-, Wärmebild- bzw. Thermalkameras liefert die md4-1000 sekundenschnell Information. Ausbleibende Schadstoffemissionen und Umweltverträglichkeit stehen zusätzlich auf der Habenseite dieses Überfliegers, der die Arbeit von Polizei, Rettungskräften und Katastrophenschutz nachhaltig erleichtert.

Tag für Tag. Erfolg für Erfolg.

microdrones. your eye in the sky.

www.microdrones.com



SCHNELL MEHR SEHEN.

Die Flugdrohnen von microdrones sind ferngesteuerte oder mittels GPS Waypoint Navigation autonom fliegende Robotersysteme.

Dank des einzigartigen Lage-, Höhen- und Richtungskontrollsystems, das die komplette Stabilisierung des Systems bewältigt, können auch unerfahrene Piloten die Maschine nach einer Lernphase von ca. einer Stunde problemlos bedienen.

Ein modulares Nutzlastkonzept erlaubt es, die Ausrüstung flexibel an die Aufgabe anzupassen. Von der hochauflösenden Digitalkamera, über die an verschiedene Helligkeitsverhältnisse angepassten Videolösungen, bis hin zu High-End Thermographie-Systemen und Gassensoren kann bereits die md4-200 die verschiedensten Aufgaben im Bereich der Bildaufzeichnung und -übermittlung übernehmen. Im Vergleich dazu kann die md4-1000 die fünffache Nutzlast nicht nur schneller, höher und weiter, sondern auch länger tragen. Die Flugeigenschaften ähneln dabei weitgehend denen ihrer kleinen Schwester und insbesondere die Steuerung bleibt trotz der enormen Kraft genauso einfach wie bei der md4-200.

Die Base Station ist das universelle Arbeitsgerät für alle Aufgaben, die vor, während und nach dem Flug anfallen. Die enthaltene Software mdCockpit bietet die Möglichkeit, detaillierte Routenbeschreibungen zu erstellen, die autonom abgeflogen werden können. Der Downlink Decoder empfängt das Livebild und die Telemetrie und zeigt permanent alle wichtigen Daten wie Akkuspannung, Position, Höhe, Fluglage, Flugzeit, Geschwindigkeit, Flugpfad, Entfernung vom Startpunkt, Temperatur, Motordrehzahl, Fernbedienungseingaben, Betriebszustand und viele weitere Details an. Alle Daten werden ebenfalls vom Flugschreiber der microdrone zur Dokumentation und späteren Analyse des Fluges gespeichert.

lische Seele der Organisation, Dani und unser beduinische Fahrer Deab erwarten uns mit einem oberleckeren Frühstück samt Shakshukka (gestockte Eier in geschmorten Tomaten). Stephan, der Chef der Hermon-Einheit, berichtet uns sehr eindrucksvoll über die Sicherheitslage zum von der islamistischen Terrorgruppe Hisbollah beherrschten Süden Libanons und zu Syrien. Der Yom-Kippur-Krieg wird uns nicht nur hier oben, sondern auch noch später im „Tal der Tränen“ und an der Stellung „OZ 77“ beschäftigen und auch für abendlichen Gesprächsstoff sorgen, als wir in den heißen Quellen von Hamad Gader an der jordanischen Grenze die müden Wandererbeine entspannen.

„Das habe ich nicht gewusst“, meint Daniel, als er von Yalon über die ernste ökologische Situation am Toten Meer aufgeklärt wird. Wir haben unser zweites



Camp direkt an dessen Ufer aufgeschlagen und verbringen zwei Nächte am tiefsten Punkt der Erde. Zuvor waren wir durch das Wadi Arugot marschiert und hatten uns unter einem Wasserfall mitten in der Judäischen Wüste von der Kletterei erfrischt.

Acht Tage können sich wie drei Wochen anfühlen. Wir werden uns noch am Gazastreifen informieren und Jerusalem besuchen, in Yad Vashem berührt sein und in den Bergen Judäas übernachten. Wir werden uns über einige Hundert Höhenmeter abseilen („Snapping“) und uns an der Uni Tel Aviv über Judentum und die israelische Staatsgründung informieren. Wir werden die Selbstverteidigungstechniken der israelischen Polizeikollegen ausprobieren und in Tel Aviv einen coolen Abschlussabend verbringen und vieles mehr. Vor allem aber werden wir eines: Auf jeden Fall noch einmal nach Israel reisen.

Ausführliche Informationen, Reiseberichte, Bilder und Anmeldungen zu GdP-Israel-Reisen unter: www.israelreise.gdp-bundespolizei.de

Der Bülle von Kreuzberg

Murat Topal beschreibt in seinem neuesten Buch seinen Weg vom deutsch-türkischen Polizisten zum Comedian

Viele Polizisten sind Künstler, müssen Künstler sein: Ermittlungskünstler, Vernehmungskünstler, Kampfkünstler und oft Lebenskünstler. Murat Topal ist Wortkünstler – aber kein Polizist mehr. Er hat sich für das Wort, für seine Karriere als Comedy-Künstler entschieden und den Polizeidienst in Berlin-Kreuzberg vor vier Jahren gekündigt.

Seinen Weg vom deutsch-türkischen Polizisten zum Comedy-Künstler beschreibt der 35-Jährige nun in seinem Buch „Der Bülle von Kreuzberg“. Witzig, bissig und selbstironisch erzählt er von seiner Kindheit in Neukölln, schildert, wie er seinen Vater davon überzeugte, dass sein Sohn Polizist werden musste, und wie er seine Ausbildung und seine Streifenfärbung als Migrant erlebte – und wie er schließlich vom Polizisten zum Comedian wurde.

Bei Polizisten lösen die vielen Geschichten und Szenen möglicherweise manchen Aha-Effekte oder manches Déjà-vu aus: Wenn es z. B. darum geht, wie man überhaupt auf die Idee kommt, Polizist zu werden. Oder wie andere darauf kommen: „Weil Du hilfsbereit und sportlich bist.“ Wie Möchtegern-Polizisten sich bei der Aufnahmeprüfung verhalten: „Mit hochrotem Kopf suchte ich nach einer Antwort“.

Wie Polizeianwärter standesgemäß in einer alten heruntergekommenen Turnhalle in den Polizeidienst aufgenommen werden und wie sich dabei ein Ausbilder aufplustert: „Sieh an, ein kleiner Spaßvogel. Ihnen wird das Lachen schnell vergehen.“

Der erste coole Schuss aus einem Gewehr und die heiße Reaktion des Schlüsselbeins. Wie der Jungpolizist bei seinem ersten Einsatz auf dem Rückweg vom Unfallort Blaulicht und Martinshorn einschaltet und der alte Kollege ihm sagt: „Auf dem Weg zum Ausfüllen der Formulare haben wir es nicht so eilig.“

Auch die Doppelrolle des Murat Topal als Deutscher und Türke in Kreuzberg kommt nicht zu kurz: Wenn er als Türke deutsche Jungnazis festnimmt und als Deutscher türkische Deutschenhasser. Schon dabei entdeckte er sein kabarettistisches Talent, indem er von einer Rolle in die andere sprang. Eingestreut sind immer wieder persönliche Reflexionen des Polizisten: Im Hinterkopf ständig im Dienst zu sein, manchmal entgegen aller Leitfäden den Helden zu spielen oder den Polizisten in sich mal loswerden zu wollen.



Losgeworden ist Murat Topal den Polizisten nicht, auch nicht, als er sich für die Bühnenkarriere entschieden hat.

Ich als Leser bin schließlich zu der Erkenntnis gekommen: Der Polizeialltag scheint eine ergiebige Grundlage für einen Comedian zu sein.

Der Bülle von Kreuzberg,
Ullstein-Verlag, 2010, 7,95 Euro,
ISBN 978-3-548-37291-4

Michael Schmuck

Vita Murat Topal:

1975 geboren in Berlin, Sohn eines türkischen Vaters und einer deutschen Mutter. Von 1993 bis 1996 besuchte er die Polizeischule. Bis 2006 Polizeidienst in Berlin-Kreuzberg, nebenbei Stunt- und Schauspielschule Köln und Düsseldorf. 2004 erster Live-Auftritt, 2005 die Premiere des Programms „Getürkte Fälle“. Im Februar 2011 startet sein drittes Programm. Seit 2008 engagiert sich Murat Topal mit ehemaligen Kollegen gegen Gewalt an Kreuzberger Schulen mit dem prämierten Projekt „Stop Tokat“ und „School Talks“.



Und ausserdem:

Telefonabzocker versprechen Kosmetikgutscheine Nicht zahlen!

Kriminelle versuchen derzeit, Nutzer über Telefonanrufe abzuzocken. Dies meldet das Portal Computerbetrug.de [http://www.computerbetrug.de/nachrichten/newsdetails/telomax-netzagentur-bremst-abzocke-per-telefonrechnung-101229/].

Die Masche: Man erhält einen Anruf, in dem behauptet wird, man hätte einen Kosmetikgutschein gewonnen. Dabei werden verschiedene persönliche Daten abgefragt. Auf der nächsten Telekom-Rechnung taucht dann ein Betrag von 9,90 Euro pro Woche auf. Diese würden fällig, weil man angeblich während des Gesprächs einen Vertrag über die Teilnahme an einem Gewinnspieleintragdienst abgeschlossen hätte. Hinter dem Betrug steckt eine Firma namens telomax GmbH. Die Bundesnetzagentur hat nun sowohl für das Unternehmen als auch für die Telekom Deutschland GmbH ein Verbot der Rechnungslegung und Inkassierung verhängt. Das Verbot gilt rückwirkend ab dem 30. März 2010. Forderungen dürfen also nicht mehr in Rechnung gestellt und nicht mehr eingezogen werden. Betroffene, die bereits bezahlt haben, sollten sich an die Verbraucherzentrale oder einen Anwalt wenden. Opfer der telomax GmbH, die nicht über die Telekom, sondern über andere Telefonanbieter Forderungen erhalten haben, sollten sich unbedingt an die Bundesnetzagentur [http://www.bundesnetzagentur.de] wenden.

Quelle: SICHER INFORMIERT

Verständlich

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) hat laut „Bild“-Zeitung in seinem Ministerium den umhergeisternden Anglizismen den Kampf angesagt. So heißt z. B. das „Travel Management“ künftig wieder allgemeinverständlich „Reisestelle“. Statt eines „Kickoff Meeting“ findet im nun eine „Auftaktveranstaltung“ statt und der Verkehrsminister taufte auch die Auszeichnung „Highway Hero“ für mutiges Handeln im Straßenverkehr in „Helden der Straße“ um.

Betrüger locken mit vermeintlichen Videos auf Facebook

Betrüger versenden derzeit Nachrichten über Facebook, die zu gefälschten Log-in-Seiten führen. Dies meldet das IT-Sicherheitsunternehmen [[EXERNLINK||Sophos||http://nakedsecurity.sophos.com/2010/12/30/beware-the-facebook-awkwardhaha-scam/]]. Die Nachricht lautet „Hey [Name]! What the heck are you doing in this video?“ („Hey [Name]! Was zum Teufel machst du denn in diesem Video?“) und verlinkt auf eine vermeintliche

Facebook-Applikation. Auf der angezeigten Webseite soll der Nutzer seine Facebook-Log-in-Daten eingeben. Kommt er dieser Aufforderung nach, landen die Daten jedoch umgehend bei den Betrügern. Nutzern wird empfohlen, derartige Nachrichten zu löschen und keinesfalls den Link anzuklicken.

Mehr Infos zu sozialen Netzwerken gibt es auf der BSI-für-Bürger-Seite [https://www.bsi-fuer-buerger.de/BSIFB/DE/Themen/SozialeNetzwerke/sozialenetzwerke_node.html].

Quelle: SICHER INFORMIERT

Neues Informationsportal des DFK im Internet

Das Deutsche Forum Kriminalprävention (DFK) hat sein Informationsportal im Internet vollständig überarbeitet. Das Portal „Prävention im Überblick“ kann über die URL <http://www.kriminalpraevention.de/praevention-datenbank.html> erreicht

werden und stellt Informationen zu Präventionsprojekten aus der Praxis sowie Hinweise auf die Ergebnisse aus der wissenschaftlichen Forschung bereit. Besonders nützlich ist die Recherchefunktion, die mit den Datenbanken mehrere (Landes-)Präventionsgremien verbunden ist und somit die verschiedenen Informationsangebote bündelt.

Quelle: Polizei-Newsletter Nr. 137

FUNDGRUBE

Schon biometrisch

Aufgrund der letzten Abbildung unter der Rubrik „Fundgrube“ in DP 1/2011 sende ich die Kennkarte meines Opas Albert Niemeyer zu, der zuletzt in Braunschweig Bezirksoberteilnehmer der Gendarmerie war. Auf der Vorderseite der Karte steht „KENNKARTE“. Darunter „IDENTITY CARD“ und das Wappen von Braunschweig.

Schon damals gab es Fingerabdrücke auf den Ausweisen. Wie ersichtlich



steht auf dem Siegel „Chef der Polizei - Stadtpolizei Braunschweig“.

Rolf Niemeyer, Beauftragter für Jugendsachen, Polizeidirektion Neuwied, Rheinland-Pfalz



ANKÜNDIGUNG

5. Offenes Motorradtreffen

Zum fünften Male findet in Uslar-Fürstentagen bei Göttingen ein Motorradtreffen für Polizei-, Zoll- und Justizbeamte sowie Feldjäger und deren Angehörige statt.

Es sind Benzingsprache, ein gemütliches Beisammensein, Erfahrungsaustausch, Ausfahrten ins Weserbergland, zu den Extersteinen, in den Harz, zum Edersee, zum Kyffhäuser und zur Wartburg geplant.

Die Veranstaltung findet in Zusammenarbeit mit den Blue Knights (motorradfahrenden Polizeibeamten) und der Internationalen Police Association (IPA) statt.

Folgende Termine stehen zur Auswahl:

22.-29. Mai 2011 Anmeldeschluss: 15.4.2011
oder
19.-21. August 2011 Anmeldeschluss: 10.7.2011



Beim Motorradtreffen 2010 nach einer Ausfahrt. Foto: Schöne

Anmeldungen und weitere Informationen über Detlef Schöne – Telefon 01760-6654514 oder per E-Mail: detlef.schoene@polizei.hessen.de

Eventuell anfallende Gewinne werden dem Kinderheim Göttingen gespendet.

Über eine rege Teilnahme würde sich das Organisationsteam sehr freuen.
Detlef Schöne

Kapitalmarkt

Beamten- und Angestellten-Darlehen
Partner der Nürnberger Versicherung
Sollzins (gebunden) 5,60% 12 Jahre Laufzeit, effektiver Jahreszins 6,68%
Beispiel: 30-jährige Beamtin Sollzins (gebunden) 6,50%, Laufzeit 20 J., effektiver Jahreszins 7,45%
35.000,- € mtl. 322,90 € inkl. Lebensvers.
60.000,- € mtl. 550,32 € inkl. Lebensvers.
Der Abschluss eines Versicherungsvertrags ist erforderlich. Kosten der Bank: 2% = 700,- € bzw. 1.200,- €, Darlehensnettobetrag 34.300,- € bzw. 58.800,- €
NEU: Auch für Beamte auf Probe und Pensionäre.
Info-Büro: 0800 / 77 88 000
vermittelt: K. Jäckel, Am Husalsberg 3, 30900 Wedemark, Fax: 05130 / 79 03 95
jaeckel@beamtendarlehen-center.de
www.beamtendarlehen-center.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker **Seit 1997**

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif-☎0800-3310332
Andreas Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälatt-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

SEIT 20 JAHREN BEAMTENDARLEHEN
SONDERZINS - UNKOMPLIZIERT - SCHNELL - KOMPETENT
Ihre Zufriedenheit ist uns wichtig, wir vermitteln - Sie gewinnen
z.B.: 20.000,- Rate 187,30 / 50.000,- Rate 458,30 inkl. LV
Sollzins: 5,99%, eff. Jahreszins 7,74%, Laufzeit 240 M, 4% Disagio, EA 30 J.
NULLTARIF: 0800 056 7836
BFS BEAMTENFINANZIERUNGSSERVICE
Paegelow & Partner GBR, Reichsstr. 90 a, 14052 Berlin, Fax: 030 - 35 16 37 36
www.sonderdarlehen.de - info@sonderdarlehen.de

Beamtendarlehen
So könnte eine Vermittlung für Sie als ö.D. Beschäftigter aussehen:
20.000 € = mtl. Gesamtrate 233,91 €
40.000 € = mtl. Gesamtrate 466,34 €
80.000 € = mtl. Gesamtrate 1.029,84 €
Laufzeit 12 Jahre, Beamtin 25 J., Zins 5,6 % p.a.
eff. 5,99 % Laufzeit bis 20 Jahre mögl.
Top Hypothekenkonditionen Beleh. bis 110 %
vermittelt seit über 30 Jahren:
IFS Janke, Königswall 1, 44137 Dortmund
☎ **02 31/9 14 51 45**
www.ifs-janke.de

BARGELD noch HEUTE!
Tel. 0201/22 1348
Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH
Kredite von 1000–100 000 €.
• Laufzeit bis 120 Monate
• ohne Auskunft bis 7 000 €
45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Caritas Diakonie
international **Katastrophenhilfe**

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-beamtendarlehen.de

Tel. 08 00 – 0 40 40 41 – Rufen Sie uns kostenfrei an

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg

NÜRNBERGER

Beamten Lebensversicherung AG

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt • Postfach 3136 • 46314 Borken-Weseke



Beamtendarlehen supergünstig

weil ü. 30 J. einfach besser sind

Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter

vom Spezialisten anrufen u. testen

Lfz. 7–20 J. 10.000 bis 125.000

Kreditraten bis 50% reduzieren
Info: www.ak-finanz.de

AK-Finanz – warum mehr bezahlen

Wer vergleicht, kommt zu uns seit ü. 30 Jahren

supergünstige Beamten-/Angestelltdarlehen, z.B. B.a.L./Angestellte ö.D. unkündbar, 30 J. alt, Lfz. 12 Jahre, Sollzins fest (gebunden) 5,6%, 50.000,- € Darlehensnettobetrag, mtl. Rate 566,56 € inkl. erforderlicher LV, Kosten der Bank 1000,- € = 2%, Darlehensnettobetrag 49.000,- €, effektiver Jahreszins 6,66%, oder 100% Auszahlung wählen ohne Bearbeitungsgebühr. Bei 20 Jahren Lfz. Rate bis 1/5 niedriger, Laufzeitverkürzung durch Gewinnanteilverrechnung. Rufen Sie jetzt kostenfrei an. Baufinanzierungen ohne Eigenkapital extrem günstig.

www.ak-finanz.de



Kapitalvermittlungs-GmbH, E 3, 11 Planken, 68159 Mannheim

Telefax (0621) 178180-25, E-Mail: beamtendarlehen@ak-finanz.de

Gebührenfrei **Tel. 0800/1000500**



Angemerkt

Liebe Seniorinnen, liebe Senioren,

es ist und bleibt falsch, ältere Menschen zu verknüpfen mit dem Begriff Belastung. Die Presse verwendet gern den Begriff Versorgungslasten und bedient damit das gängige Bild, dass Alter vornehmlich eine Last sei. Das ist töricht.

Diese Menschen wissen nicht, was sie sagen: Sie reden von ihrer Zukunft, und sie reden sie schlecht.

Viele scheinen von einem „Defizitdenken“ geleitet zu sein und verknüpfen den Begriff „Senioren“ vor allem mit krank und gebrechlich, Demenz und Altersheim, Pflege und Einschränkung der persönlichen Freiheit.

Es geht um unsere gemeinsame Zukunft und das erfordert ein Miteinander, kein Ausgrenzen. Es ist in höchstem Maße unklug, wenn auf der einen Seite (nach außen) „Mitbestimmung“ gefor-



dert, sie aber auf der anderen Seite (nach innen) verweigert wird. Es ist auch verletzend, Seniorinnen und Senioren nur dann willkommen zu heißen, wenn sie „Geld“ bringen, als Konsumenten oder als Beitragszahler.

Da kann ich nur sagen: Aufwachen, das Leben ist anders, grau ist bunt! Wir Seniorinnen und Senioren sind keine Bittsteller. Der Aspekt „Eigennutz“ als Motivation ist bei älteren Menschen nur gering ausgeprägt. „Pflichtbewusstsein“ und „soziales Engagement“ sind um ein Vielfaches stärker. Wir bringen uns nachhaltig zum Wohle der Gemeinschaft ein, wir sehen darin einen Lebenssinn, und wir sind mitten im Leben.

Lasst uns nachdenken, ob aktive Lebensgestaltung etwas Neues ist ...

Schon der römische Schriftsteller und Philosoph Marcus Tullius Cicero bezog Opposition gegen die Klagen, die gegen das Alter geführt wurden. So wies er darauf hin, dass vorzugsweise diejenigen das Alter als beschwerlich empfinden, die auch in früheren Lebensphasen schon unglücklich gewesen seien. Man solle sich auch nicht beklagen, ein Alter tatsächlich

erreicht zu haben, das man von vornherein habe erreichen wollen.

Cicero plädiert für ein aktives Alter, das seine Ressourcen (Geisteskräfte, Vernunft, Klugheit, Weisheit, Erinnerung, Eifer, Fleiß) bewahrt und nutzt, und Sinn durch die Beschäftigung mit Kunst und Wissenschaft findet.

Ähnlich äußerte sich auch der französische Philosoph Michel de Montaigne: In seiner um 1580 geschriebenen Denkschrift über das Alter plädierte er für ein aktives Alter, in dem man seiner Berufs- oder sonstigen Tätigkeit zum öffentlichen Wohle möglichst lange nachgehen solle.

Respekt vor der Lebenserfahrung und Kompetenz der Älteren auf der einen Seite, Offenheit für die Blickrichtung der jungen Menschen auf der anderen Seite – beides ist nötig, um voneinander zu lernen und das Leben gemeinsam zu gestalten. Generationen stehen im gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis, bedingen und ergänzen sich. Wir wollen diesen Weg gehen, gemeinsam, getreu unserem Motto „Senioren übernehmen Verantwortung.“

Anton Wiemers,
Bundesseniorenvorsitzender

Abschied von langjährigen Weggefährten

Zwei Verabschiedungen gab es in der letzten Bundesseniorenvorstandssitzung im Oktober letzten Jahres: Waldemar Lorenz als langjährigen Landesseniorenvorsitzenden von Sachsen und Hans Adams, das Urgestein aus der Bundesgeschäftsstelle.

Waldemar Lorenz war zunächst von 1990 bis 1997 Seniorenverantwortlicher in der Kreisgruppe der Polizeidirektion Dresden. In der PD Dresden gibt es seit Gründung der GdP (3.10.1990) schon immer eine starke Seniorengruppe. „Waldi“, wie er liebevoll genannt wird, hat daran einen großen Anteil. Unter seiner Regie wird eine gute und solide Seniorenarbeit geleistet.

Am 24.6.1997 legt der damalige Vorsitzende der Landesseniorengruppe, der Kollege Boden, sein Amt aus gesundheitlichen Gründen nieder. In einer außerordentlichen Sitzung wurde Waldemar Lorenz vorgeschlagen und er nahm das Amt an.

Von 1997 bis zur 3. Landesseniorenkonferenz am 11.11.2009 war Waldemar Lorenz Vorsitzender der Landesseniorengruppe der GdP Sachsen und hat hier eine hervorragende Arbeit in seiner Funktion geleistet. Trotz manch harter Prüfung im Privatleben und der Sorge um seine Familienangehörigen hatte und hat er immer ein offenes Ohr für die Probleme anderer Kolleginnen und Kollegen. Der Bundesseniorenvorstand dankt Waldemar Lorenz für sein langjähriges Engagement mit einem Präsent sowie mit herzlichem Applaus und wünscht ihm alles Gute für seine Zukunft.

Hans Adams, langjähriger Weggefährte und für die Seniorinnen und Senioren in der GdP gewissermaßen eine Institution, startet im Mai dieses Jahres ins dritte Lebensdrittel, er geht in Rente. Anlass für den Bundesseniorenvorstand, Hans für sein ungewöhnliches Engagement zu danken und ihm alles Gute für seine sicher

aktive Zukunft zu wünschen. Im Rahmen der letzten gemeinsamen Sitzung im vergangenen Oktober nutzten der ehemalige Bundesseniorenvorsitzende, Artur Jung, und der amtierende Bundesseniorenvorsitzende, Anton Wiemers, Hans für sein herausragendes Engagement für die Senioren zu danken und ihm als Anerkennung für seine Arbeit ein Geschenk des Bundesseniorenvorstandes zu überreichen.

40 Jahre für die GdP unterwegs, da gibt es viele Stationen und Erinnerungen. Über Hans gibt es sicherlich ganz viel zu berichten, man kann durchaus ein Buch über ihn schreiben.

An was erinnern wir uns? Hans, gelernter Diplom-Volkswirt, hat seit Mai 1987 als zuständiger Gewerkschaftssekretär die Seniorengruppe begleitet, ja, er bezeichnet sie als „mein Kind“. Unvergessen seine Referate zu Versorgungsthemen bei den Bundesseniorenfahrten. Alle bis-

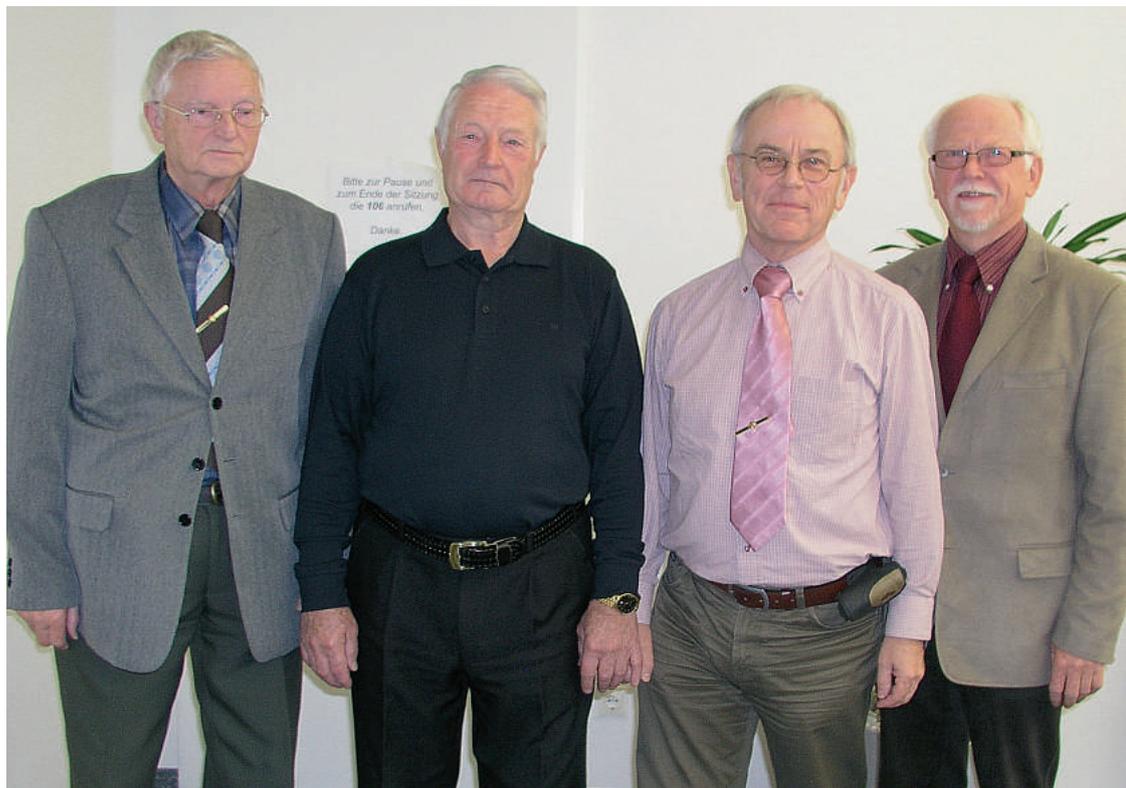
herigen zehn Fahrten hat Hans begleitet. Seine Sprechstunde zu aktuellen Versorgungsfragen wurde immer sehr lebhaft in Anspruch genommen.

In allen Gewerkschaftsfragen war Hans ein zuverlässiger Ansprechpartner, er verfügt über enormes Fachwissen. Er hat die Seniorengruppe bei der Entwicklung vom APS (Aktivprogramm für Senioren) maßgeblich unterstützt. Alle sechs Bundesseniorenkonferenzen tragen seine Handschrift. Und nicht zuletzt hat er im DGB-Koordinierungskreis mit seiner Fachkompetenz erfrischend lebhaft mitgemischt. Dabei ist er keinem Streit aus dem Wege gegangen.

Die Bundesseniorengruppe wünscht unserem Kollegen Hans Adams auf seinem weiteren Lebensweg von ganzem Herzen alles Gute, viel Gesundheit und Lebensfreude. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen, irgendwann, irgendwo.

Anton Wiemers *Nach der Verabschiedung: Waldemar Lorenz, Artur Jung, Hans Adams und Anton Wiemers.*

Foto: Oeffner-Pohl



Oft nicht genügend abgesichert

Dieser Artikel richtet sich ausdrücklich nicht nur an die Seniorinnen und Senioren, sondern auch an die Aktiven, um sie, wenn gewisse Umstände eintreten, vor finanziellem Schaden und sozialem Abstieg zu bewahren. Einige Kollegen mussten diese Erfahrung schon machen. Viele glauben, dass sie bei Krankheit und anschließendem Pflegefall durch die Pflegeversicherung genügend abgesichert sind. Das ist nicht der Fall.

Bei notwendiger stationärer Pflege muss im schlimmsten Fall mit bis zu 4.000 Euro Pflegekosten pro Monat gerechnet werden. Wer muss das bezahlen? Erst einmal die oder der Betroffene selbst, sofern er Einkommen oder Vermögen besitzt. Bei Ehepaaren natürlich der Partner. Zu den unterhaltspflichtigen Kindern kommen wir noch später. Von diesen Pflegekosten erstattet der Staat durch die Pflegeversicherung bei vollständiger Pflege im Höchstfall ca. 1.700 Euro. Der Beitrag wird geringfügig steigen, nachdem der Gesetzgeber die Pflegeversicherungsbeiträge erhöht hat.

Immens hoher Restbetrag

Bleibt ein Restbetrag von mehr als

2.000 Euro pro Monat, der an das Pflegeheim zu zahlen ist. Wem oder welcher Familie ist dies möglich? Das kleine angesparte Vermögen oder das Reihenhäuschen sind schnell verbraucht. Dann ist man ein Sozialfall. Was viele nicht wissen: Nach § 1601 des Bürgerlichen Gesetzbuches sind Verwandte in gerader Linie zum Unterhalt verpflichtet, also Kinder und Eltern. Dort steht dann irgendwann das Sozialamt vor der Tür, wenn bei den Betroffenen nichts mehr zu holen ist. Kolleginnen und Kollegen! Ich will hier kein Horrorszenario darstellen. Jeder muss verantwortungsbewusst seine Situation in dieser Sache überprüfen. Dabei ist vieles zu berücksichtigen:

- das Einkommen oder die Pension/Rente,

- der Familienstand,
- arbeiten beide Ehepartner oder bekommen beide Pension/Rente,
- ist häusliche Pflege möglich,
- und vieles andere aus dem persönlichen Umfeld.

Sollten Sie zu dem Schluss kommen, dass Sie eine Finanzierungslücke von bis zu 2.000 Euro im Monat im Extremfall nicht auf Dauer tragen können, sollten sie eine private Zusatzpflegeversicherung abschließen.

Wie bei Versicherungen üblich: Je früher man sie abschließt, desto preiswerter ist sie. Erst seit Kurzem bieten einige Versicherungen diese Policen auch für Lebensältere (bis 70 Jahre) an. Das ganze hochkomplizierte Problem hier darzustellen ist nicht möglich – lassen sie sich beraten.

Klaus Stellmacher

Mehr zum Thema auch auf den Internetseiten „AktivProgramm für Senioren (APS)“ im Mitgliederbereich von www.gdp.de





Die Kommunikation konkurrierender Gruppierungen der Organisierten Kriminalität

Auch die Organisierte Kriminalität kommuniziert: mit der Polizei, den Medien und untereinander. Oft kommunizieren aber auch konkurrierende Gruppen der Organisierten Kriminalität miteinander. Über das „Wie“ und „Warum“ dieser Kommunikation ist meist wenig zu erfahren.

Das vorliegende Buch schließt hier eine Lücke. Aufgrund mehrerer klassischer wie aktueller Einzelfallanalysen wird ausführlich gezeigt, wie konkurrierende Gruppen der Organisierten Kriminalität miteinander kommunizieren, wann sie das tun und was der Zweck dieser Kommunikation ist.

Dabei zeigt sich, dass die Kommunikation der Organisierten Kriminalität sich nicht mit den vorliegenden Modellen der Kommunikationswissenschaft hinreichend erfassen lässt, sondern dass neue entwickelt werden müssen. Ein solches Modell wird vorgestellt und begründet.

Die Kommunikation konkurrierender Gruppierungen der Organisierten Kriminalität – Schriftenreihe Polizieren: Polizei, Wissenschaft und Gesellschaft, Band 2, Oliver Bossert, Verlag für Polizeiwissenschaft, 258 Seiten, 24,90 Euro, ISBN 978-3-86676-112-4



Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/ Kriminologie: Todesermittlungen

Immer dann, wenn der zuständige Arzt in einer Todesbescheinigung eine „nicht natürliche“ oder „ungeklärte“ Todesart attestiert, ist die Polizei gefragt. Von den Beamtinnen und Beamten, die dann am Einsatzort eintreffen, wird eine gründliche, aufmerksame und professionelle polizeiliche Arbeit erwartet. Denn Fehler und Unachtsamkeiten beim ersten Angriff können im Nachhinein nur sehr schwer oder gar nicht korrigiert werden – mit der möglichen Konsequenz, dass ein Tötungsdelikt am Ende unerkannt bleibt.

Sehr hilfreich ist in diesem Zusammenhang der hier vorliegende Lehr- und Studienbrief Todesermittlungen. Stellt er doch einen qualifizierten Leitfaden zum Thema dar, der sich eng an der polizeilichen Praxis orientiert. Zugute kommt dem Buch dabei sicherlich, dass es sich bei den Verfassern um erfahrene Kriminalbeamte und einen langjährig tätigen Rechtsmediziner handelt.

Inhaltlich geben die Autoren zu Beginn eine allgemeine Einführung in den Themenbereich. Im Hauptteil beschreiben sie ausführlich das Vorgehen und die Besonderheiten bei einzelnen nicht natürlichen Todesarten. Abschließend stellen sie spezielle Themen, wie etwa das Überbringen

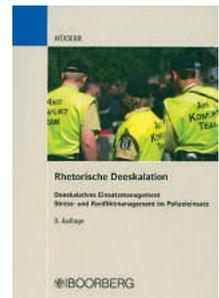
einer Todesnachricht, Identifizierung unbekannter Leichen und Schriftverkehr im Todesermittlungsverfahren anschaulich dar. Ein umfangreicher farbiger Bildkatalog rundet das Werk ab.

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/ Kriminologie, Nr. 15: Todesermittlungen, Andreas Freisleder, Georg Stenzel, Michael Weirich, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb, 1. Auflage 2011, 112 Seiten, Broschur, 12,90 Euro, 23,30 sFr. im Abonnement, 14,90 Euro, 26,70 sFr. im Einzelbezug, ISBN 978-3-8011-0649-2



Rhetorische Deeskalation

Das Buch bietet eine Handlungsorientierung zur rhetorischen Deeskalation. Es vermittelt Kenntnisse über die verschiedenen Konfliktfelder, zum Verhalten von Menschen in unterschiedlichen Situationen, zum Entstehen von Eskalation und zur Wirkung von Stress. Darüber hinaus zeigt der Autor auf, welche Kompetenzen Polizeibeamte zur Bewältigung der Konfliktsituationen benötigen. Rollenspiele und Toleranz-Trainings runden das Buch ab. **Rhetorische Deeskalation – Deeskalatives Einsatzmanagement, Stress- und Konfliktmanagement im Polizeieinsatz, Fritz Hücker, 2010, 3. Auflage, 160 Seiten, 19,80 Euro, ISBN 978-3-415-04501-9**



Nr. 2 • 60. Jahrgang 2011 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP: www.gdp.de
Redaktion Bundesteil: Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin, Telefon: (030) 39 99 21 - 114 Fax (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitte an den jeweiligen Landesbezirk richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:
 Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.
 Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

Titelgestaltung: Rembert Stolzenfeld



Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
 Forststraße 3a, 40721 Hilden
 Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
 Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
 Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
 Antje Kleuker
 Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011



Druckauflage dieser Ausgabe:
 176.085 Exemplare
 ISSN 0949-2844

Herstellung:
 L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
 DruckMedien
 Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
 Postfach 1452, 47594 Geldern,
 Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

